

VON BEFREIUNG KEINE SPUR

Ute Weinmann / Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hg.)

KRITISCHE PERSPEKTIVEN AUF DIE KONFLIKTE UM DEN DONBASS UND DIE KRIM



СТОП



A photograph of an elderly woman with a somber expression, wearing a dark jacket and a headscarf. She is holding a white sign with Russian text. The background shows a crowd of people on a city street, with some individuals in military-style uniforms. The entire image has a monochromatic orange tint.

НЕТ
БРАТОУБИЙСТВЕННОЙ
ВОЙНЕ
С УКРАИНОЙ

Impressum

Herausgegeben von:

Ute Weinmann / Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

im Auftrag des



Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Sebastianstraße 21

10179 Berlin

Fon 49 30 308 779 480

Fax 49 30 308 779 487

global@bildungswerk-boell.de

www.bildungswerk-boell.de

Dezember 2015

Übersetzung: Ute Weinmann

Mitarbeit: Beate Flechtker, Bernard Könnecke

Fotos: Ute Weinmann, Kampagne zur Freilassung von Oleg Sentsow,
Alexander Koltschenko und Gennadij Afanasjew (Rückseite)

Übersetzung der Aufschrift auf dem Titelbild:

»Gegen einen Bruderkrieg mit der Ukraine«

Gestaltung: Sabine Weber/hinkelsteindruck

Druck: hinkelsteindruck



Diese Publikation wurde realisiert aus Mitteln
der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

ISBN: 978-3-927995-03-1

Bestellungen: info@bildungswerk-boell.de

INHALT

Vorwort.....	4
Freiheit und soziale Identität: Was die Ereignisse im Donbass mit der für die gesamte Ukraine zutreffenden Identitätskrise zu tun haben.....	7
Nutznießler im System oder business as usual: Alltag und Ökonomie im Donbass.....	17
Arbeitskonflikte im Donbass. Klassenkampf im Kriegszustand.....	28
Interview mit Pawel Lisjanskij über Arbeitskonflikte im Donbass.....	32
Die ukrainische extreme Rechte – eine Übersicht mit Ausblick.....	37
»Antifaschistischer« Nationalismus im Donbass.....	45
Alles lief nach Clan: Über die Elite im Lugansker Gebiet.....	57
Die Beschneidung von Rechten und Freiheiten auf der Krim.....	69
Das russisch-ukrainische Verhältnis, »Krymnasch« (»Die Krim ist unser«)..	74
UNHCR-Empfehlungen zum internationalen Schutz hinsichtlich der Ereignisse in der Ukraine - Ergänzte Version III vom September 2015.....	77

VORWORT

Mit den Protesten auf dem Kiewer Maidan und dem nachfolgenden Krieg im Donbass hat die zuvor im Westen bestenfalls als Kuriosum am Rande Europas wahrgenommene Ukraine unvermittelt weltweite Aufmerksamkeit erregt. Sie hat sich regelrecht in das Bewusstsein vieler Menschen gegraben, die zuvor häufig kaum mehr über den größten europäischen Flächenstaat zu sagen wussten, als dass es sich bei dem Land um ein Zerfallsprodukt der Sowjetunion handelt. Ins Bewusstsein ja, aber nicht in den Verstand. Vielleicht eignete sich die Ukraine genau deshalb als ideale Projektionsfläche für beliebige Deutungsmuster, ob mit Realitätsbezug oder ohne. Die Ukraine geriet zum Zankapfel zwischen diversen politischen Lagern und zum Gradmesser für das Bemühen – oder dessen Fehlen –, zumindest den Versuch zu unternehmen, einen komplexen Konflikt mit all seinen Widersprüchlichkeiten nicht ideologisch motiviert, sondern über Fakten begreifbar zu machen. Häufig entwickelten ideologische Interpretationsmodelle indes wesentlich mehr Überzeugungskraft als die Analyse anscheinend nicht immer in Einklang miteinander zu bringender Tatsachen. Vor diesem Hintergrund konkurrierten die benutzten Bilder von der »Kiewer Junta« und »Bandera-Faschisten« mit denen von »überzeugten Demokratieanhängern« und »euphorischen Europafreunden«, und gelegentlich ging es sogar soweit, mit Verweis auf ihre innere Zerrissenheit und historische Entwicklung der Ukraine als wie auch immer gearteten Nationalstaat gänzlich ihre Daseinsberechtigung zu entziehen. Manch einer der Maidan-Kritiker hat wohl längst vergessen, welche Zustände

in der Ukraine vor dem Maidan¹ herrschten, während es in der Europäischen Union offenbar schwerfällt zur Kenntnis zu nehmen, dass die EU selbst in relativer Nähe ihrer Außengrenzen nicht von allen unbedingt als Traumziel wahrgenommen wird.

Über 9000 Tote im Verlauf der bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass, der Verlust der Krim an Russland und wenig vielversprechende Bemühungen der ukrainischen Regierung im Kampf gegen die allseits präsente Korruption haben die Aufbruchsstimmung während des Maidan in vielen Teilen der Ukraine längst einer Ernüchterung weichen lassen. Gleiches gilt auch für Regionen der Ukraine mit relevanten pro-russischen Stimmungen in der Bevölkerung, wie die Krim und die sogenannten »Volksrepubliken« im Donbass. Nach dem ersten Befreiungsschlag blieb die erwartete Befreiung aus. Trotz der zeitlich wachsenden Distanz fühlen sich viele Menschen in der Ukraine nach wie vor von den gesellschaftspolitischen Ereignissen überwältigt und es fällt ihnen schwer nachzuvollziehen, was eigentlich geschehen ist. Pragmatische Überlebensstrategien gehen dabei einher mit abstrakten individuellen Erklärungsmustern. Sobald unterschiedliche Einschätzungen des Konflikts aneinander geraten, kochen die Emotionen in der durch und durch polarisierten ukrainischen Gesellschaft dennoch oder gerade deshalb weiter hoch. Und immer wieder holt einen bei der Betrachtung der Zustände im Land die Vergangenheit ein – es fragt sich nur welche.

Mit dieser Frage setzt sich die Autorin des ersten Beitrags auseinander. Er wurde 2014 zu einem Zeitpunkt verfasst, als ihre Eindrücke von den jähren Umbrüchen in ihrer Heimatstadt Donezk noch relativ frisch waren. Alle anderen Texte sind mindestens ein Jahr später entstanden. Die vorliegende Broschüre verfolgt nicht den Anspruch einer allumfassenden Analyse der Verhältnisse in der Ukraine oder Russland, das einen entscheidenden Anteil an der Eskalation der Verhältnisse im Donbass hat und die Krim

1 Maidan bedeutet in der Übersetzung aus dem Ukrainischen »Platz«. Im Zentrum von Kiew befindet sich der Maidan Nezalezhnosti, der Unabhängigkeitsplatz. Während der sogenannten »orangenen Revolution« 2004/2005 fanden dort über mehrere Wochen politische Proteste statt. Als Reaktion auf die Aussetzung der Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union begannen dort am 21. November 2013 Protestaktionen, die bis ins Frühjahr 2014 andauerten. Der Begriff Maidan steht symbolisch für diese Proteste und bezieht sich in den Beiträgen in dieser Broschüre im Wesentlichen auf die Ereignisse von 2013/2014.

unter großem Zuspruch der russischen Bevölkerung annektiert hat. Innerhalb der Zeitspanne von zwei Jahren seit Beginn des Maidan lassen sich in der russischen Gesellschaft im Übrigen nicht weniger prägnante Veränderungen, die eine ausgiebige Betrachtung verdienten, beobachten als in der ukrainischen. Stattdessen werden in den hier enthaltenen Materialien allein schon aus Platzgründen nur einige wenige zentrale Aspekte herausgegriffen zur Illustration der aktuellen Situation in jenen ukrainischen Regionen, die seither in vielfacher Hinsicht näher an Russland herangerückt sind: in den neuen »Volksrepubliken« im Donbass, den unmittelbar daran angrenzenden Gebieten und auf der Krim.

Ukrainische Autorinnen und Autoren sowie in einem Fall eine russische Autorin, die den bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine ausgiebig beobachtet hat, gehen in ihren Beiträgen Fragen nach, die für die Menschen vor Ort existenzielle Bedeutung haben: ökonomisches Überleben unter Krisenbedingungen, Arbeitskonflikte, den Verbleib der Macheliten, die Einhaltung grundlegender Rechte und Freiheiten, massenhafte Flucht aus den von der Kiewer Zentralregierung nicht mehr kontrollierten Gebieten. Zwei Texte widmen sich zudem der ukrainischen extremen Rechten und beziehen dabei ganz entgegen der im deutschsprachigen Raum üblichen Lesart auch den – nur der Bezeichnung nach – »antifaschistischen« Nationalismus im Osten der Ukraine ein.

Diese Zustandsbeschreibungen liefern keinesfalls optimistische Prognosen, aber sie dürften den einen oder die andere dazu ermuntern, genauer hinzusehen, wenn es um die komplexe innenpolitische Situation in der Ukraine und die komplizierten und konfliktbehafteten russisch-ukrainischen Verhältnisse geht.

Ute Weinmann

Anna Perekhoda, Studentin der Universität de Lausanne,
gebürtig aus Donezk

FREIHEIT UND SOZIALE IDENTITÄT¹

Was die Ereignisse im Donbass mit der für die gesamte Ukraine zutreffenden Identitätskrise zu tun haben ...

»Die Vergangenheit ist wie eine Lokomotive, die die Zukunft hinter sich herzieht. Es kommt vor, dass diese Vergangenheit zudem fremd ist. Du fährst mit dem Rücken voraus und siehst nur bereits Vergangenes. Um den Zug zu verlassen braucht es eine Fahrkarte. Du hältst sie in der Hand. Aber wem sollst du sie vorzeigen?«² Viktor Pelewin. Der gelbe Pfeil

Ich bin in Donezk geboren, in einer Familie, wo auf dem Regal zwei Diplome lagen: das eines Industrieofenbauers und das einer Künstlerin. Die Inhaber dieser Diplome unternahmen verzweifelte Versuche ihr Glück auf den Ruinen des unerfüllt gebliebenen Kommunismusversprechens aufzubauen. Doch was als vorübergehende Maßnahme gedacht war, entwickelte sich zum Dauerzustand: Mein Vater ist jetzt Taxifahrer mit langjähriger Berufserfahrung, und meine Mutter verkauft seit 15 Jahren Blumen. Die Suche nach Glück wurde auf mich übertragen, und der Weg dahin bahnte sich über all diese Jahre an. Verdientes Geld wurde zurückgelegt, ich lernte Fremdsprachen, beendete das Lyzeum, immatrikulierte mich in Kiew und fuhr zum Studium nach Europa. Jetzt ist die Zeit reif, um in meinem selbst

1 Die Autorin schrieb den Text im Mai 2014, dennoch hat er seine Aktualität zu weiten Teilen beibehalten. Für das Original siehe: <http://openleft.ru/?p=3757>.

2 Eigene Übersetzung mangels Vorlage der offiziellen Übersetzung ins Deutsche.

gewählten Exil darüber nachzudenken, woher ich stamme, und wie ich damit umgehen soll.

Den Donbass, wo ich 18 Jahre meines Lebens gelebt habe, und wo meine Freunde und meine Angehörigen zurückgeblieben sind, traf nun die Hauptlast einer kollektiven Hysterie der postsowjetischen Gesellschaft. Deshalb durchlebe ich alle Folgen des Konflikts, der in meinem Land entbrannt ist und in den Seelen vieler meiner Landsleute schwelt. Für mich stellt der Versuch, die Ereignisse zu analysieren, in erster Linie einen Weg zum Verstehen meiner eigenen Persönlichkeit dar, dieser wackeligen Konstruktion aus Erinnerung, Verlangen, Ideen, die bei jeder Gefühlswelle Gefahr läuft, auseinanderzubrechen.

In den schwersten Momenten innerer Zerrissenheit und Umdeutung meiner Existenz kommt mir in den Sinn, was aus diesem Anlass der französische Schriftsteller Amin Maalouf in seinem Essay »Mörderische Identitäten« geschrieben hat: »Identität lässt sich nicht zweiteilen, nicht dreiteilen und auch nicht in klar voneinander abgegrenzte Einzelteile zerlegen. Ich habe nicht mehrere Identitäten, sondern nur eine, die sich aus vielfältigen Zugehörigkeiten zusammensetzt, die bei jedem Menschen einzigartig ist.«³ Meine eigene Identität bereitet mir dennoch Mühe, wobei das Ausfindigmachen von Pluspunkten und positiven Seiten eine Frage des Überlebens und psychischen Wohlbefindens ist.

Heute scheint es, dass die Grenze zwischen Absurdität und Realität unauffindbar ist, ja offenbar für lange Zeit verschwunden ist, und alle geistigen Anstrengungen richten sich nur noch darauf, die Ursachen des Geschehens zu begreifen. Zum Beispiel warum die separatistische Bewegung im Osten des Landes aus einem Randphänomen in einen Anlass für einen Militärkonflikt mündete, der bereits seit Monaten die Aufmerksamkeit der ganzen Welt fesselt? Warum verläuft die Schusslinie ausgerechnet entlang den Grenzen des Donezker und Lugansker Gebiets? Was genau trennt diese Linie: Russland und die Ukraine, Asien und Europa, die Sowjetunion und den kapitalistischen Westen? Über diese Fragen philosophieren von Tag zu

3 Eigene Übersetzung mangels Vorlage der offiziellen Übersetzung ins Deutsche.

Tag angestrengt und fast ohne Ergebnis die besten (und nicht nur) Köpfe in verschiedenen Ländern und vor allem in der Ukraine selbst, für die diese Situation unanständigerweise völlig unerwartet kam. Ich will nicht verhehlen, dass sie auch für mich völlig unerwartet kam und für alle mir bekannten Einwohner von Donezk.

Donezk ist eine Stadt, die immer gut zurecht kam ohne nationale Identität. Es ist eine Stadt von Umsiedlern, ehemaligen Strafgefangenen und des bis zum Gehnichts mehr verarmten Proletariats, das über nichts außer der Kraft seiner Hände verfügt. Ihr Zentrum bildete nie eine Kirche oder das Rathaus, lange Zeit war nicht einmal ein Platz für Volksabstimmungen oder Festtage eingeplant. Das Herz von Donezk war die Fabrik, rigoros, gefährlich und unvorhersehbar, und gleichzeitig doch notwendig, freigebig und väterlich. Die Fabrik und das Bergwerk erfüllten die Rolle eines Idols und Tabus, gaben das Leben und waren im Recht es wieder zu nehmen.

Vor allem baute das Selbstverständnis auf dem Prinzip des »Privateigentums« auf, das eine klare Grenze zwischen der proletarisierten Stadt und den Kulakendörfern⁴ zog, lange bevor die Bolschewiki diese Begriffe in ihr Arsenal aufgenommen haben. Der Dorfbewohner, alles in allem das genaue Gegenteil des Stadtbewohners, sowohl im psychologischen, kulturellen als auch ökonomischen Sinne, sprach zu alledem auch noch Ukrainisch. Nur wenige wissen heute noch, oder streiten noch häufiger diesen Umstand schlichtweg ab, dass auf diesem Gebiet Menschen ansässig waren, die Ukrainisch sprachen. Der Grund für diesen Gedächtnisverlust liegt vorrangig in der Kollektivierung, in den »schwindelerregenden Erfolgen«, im Holodomor⁵ von 1932 bis 33. Meine Urgroßmutter, Bewohnerin des Dorfes Tschitscherino im Donezker Gebiet, war eine von drei Überlebenden in ihrer Familie mit elf Kindern. Erstmals erzählte sie von ihren Erlebnissen im Alter von 90 Jahren ihren Enkeln und Urenkeln, als sie sich ganz sicher war, dass Hammer und Sichel vom Gebäude des Dorfsowjets verschwunden waren und die gelb-blaue Flagge dort bereits seit einigen Jahren hing. Sie

4 Als Kulaken (wörtliche Übersetzung »Faust«) wurden im vorrevolutionären Russland relativ wohlhabende Bauern bezeichnet, unter Stalin dehnte sich der Begriff auf alle selbstständigen Bauern aus.

5 Wörtlich: Hunger-Massensterben.

erzählte von Erschießungen und Menschenfresserei und am Ende sprach sie folgenden Satz: »Also, wenn Stalin das gewusst hätte«

Nach Ansicht jener, deren Kinder und Eltern am Hungertod gestorben waren, wäre all das, nicht geschehen, wenn Stalin das gewusst hätte. Es ist schrecklich sich dessen bewusst zu sein, dass die Regionen, die am meisten unter dem künstlich hervorgerufenen Hunger gelitten haben, gleichzeitig am blindwütigsten all diese Verbrechen leugnen. Ich teile nicht die Meinung ukrainischer Politiker, dass es sich dabei um einen Genozid am ukrainischen Volk gehandelt habe. Jene Menschen, die damals die ukrainische Sprache sprachen, haben sich nicht unbedingt als Nation begriffen, dafür haben sie sich als Eigentümer ihres Grund und Bodens gefühlt und sich an ihm bis zum letzten festgehalten. Die Familie meiner Urgroßmutter litt nicht deshalb, weil sie Ukrainisch sprach, sondern deshalb, weil sie ihr Stück schwarze Erde und ihre Kuh nicht hergeben wollte. Ausgerechnet auf diesem Stück ausgebrannter Erde war es einfacher den neuen »Sowjetmenschen« aufwachsen zu lassen, und es war ein Leichtes, meinen Großvater davon zu überzeugen, Russisch zu sprechen und sich seiner ungebildeten Mutter zu schämen, die in einem dem großen Reich fremden Dialekt »stammelte«.

Ich bin in einer russischsprachigen Familie geboren, aber in eine ukrainische Schule gegangen (damals war es eine von 15 in einer Millionenstadt), nur deshalb, weil sie sich in der Nähe befand. Heute höre ich nicht auf, dem Himmel dafür zu danken, dass meine Lehrer eine »doppelte Identität« aufwiesen, die uns die Fähigkeit zu kritischem Denken vermittelten und dazu, in verschiedene »nationale Kostüme« zu schlüpfen. Dank der Geschichtslektionen war für mich Bandera⁶ kein Schimpfwort, aber auch kein Leitstern. Ich stand nie vor der Frage nach der Wahl von Helden und Idealen, denn ich habe innerlich begriffen, dass meine Zukunft nicht von der Vergangenheit meines Landes abhängen darf und wird. Ja, selbst die Frage nach dem Land stellte sich nie. Ich habe Russland »das wir verloren haben«, immer gemocht, das heutige Russland flößt mir eher Mitleid und Ekel ein und brachte mich noch immer häufiger dazu in ein gesticktes »wie

6 Stepan Bandera ist der wohl bekannteste Vertreter des ukrainischen Nationalismus.

auch immer demokratisch gefärbtes« ukrainisches Hemd zu schlüpfen, das sich einfach besser an den Körper anschmiegte.

Solange ich ein gesticktes Hemd trug, sprach ich in Lwow Russisch, lernte Französisch in Kiew und bestand in Gesellschaft europäischer Studenten auf meiner proletarischen Herkunft; der Donbass lebte weiter vor sich hin. Als in der Ukraine die Revolution begann, arbeitete ich zum wiederholten Male an der Neugestaltung meiner Identität, indem ich meine Landsleute in Europa auf Kundgebungen vor dem UNO-Gebäude versammelte, flammende Reden über meine Liebe zur Ukraine hielt in dem Gefühl gebraucht zu werden ..., aber auch mit Schuldgefühlen gegenüber jenen, die ihr Leben für unser Land riskierten.

Eines Tages schickten mir meine Donezker Freunde ein Video, worauf zu sehen war, wie auf der Iljitsch-Allee⁷, wo ich geboren bin und nicht nur eine Etappe meiner Sozialisation durchlebt habe, eine Kolonne aus einigen hundert Menschen mit fremden Flaggen und den Namen eines fremden Landes brüllend marschiert. Irgendeine Frau zeigt an einer Haltestelle ihren ukrainischen Pass, den ihr jemand mit wilden Beschimpfungen aus der Hand reißt. Ich kann das Geschehen auf Grundlage von trockenen Fakten, Umfragen und anderen Angaben analysieren, aber der Umstand, dass all dies ausgerechnet in meiner Straße vor sich geht, will mir nicht in den Kopf.

Was mich als gebürtige Donezkerin in dieser Situation verwundert, ist die Forderung aus den Regionen nach mehr ökonomischer und kultureller Autonomie. Im Laufe vieler Jahre, abgesehen von der Präsidentschaft von Krawtschuk und Juschtschenko⁸, erhielt der Donbass nie dagewesene Fördermittel, da Gruppierungen aus Donezk und Dnepropetrowsk an der Macht waren. Das Geld landete allerdings in den Taschen lokaler Autoritäten, die ohne zu ermüden, das Mantra vom Geld aus Donbass sangen, das an die Faulpelze aus Lwow und Kiew gehe, um sie durchzufüttern. Die Wirtschaft in der Region befand sich unter völliger Kontrolle der lokalen Staatsvertreter.

7 Lenin-Allee. Iljitsch ist Lenins Vatersname und wird gerne als eine Art Koseform ohne Vor- und Nachname gebraucht.

8 Leonid Krawtschuk war der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Viktor Juschtschenko nach der »orangenen Revolution« der dritte.

Da stellt sich die Frage: Wofür soll es mehr Autonomie geben und für wen? Für die »lokalen Autoritäten«, die all diese 23 Jahre hindurch ohne ihren Bauch zu schonen »den Donbass von den Knien erhoben«⁹?

Es wird gesagt, jede Region entscheide selbst, welche Sprache gesprochen wird und welche Helden verehrt werden. Um jedoch eines Tages eine Dezentralisierung durchzusetzen, muss zuallererst einmal die Zentralisierung des Landes um eine einheitliche Kulturkonzeption herum erfolgen. Das Jammern aufgrund der übermäßigen Ukrainisierung der Region ist nicht einfach nur deplatziert, der beklagte Umstand widerspricht schlicht der Realität. In dieser Stadt hört sich Ukrainisch exotischer an als Arabisch. Niemals habe ich gehört, wie jemand auf den Straßen von Donezk Ukrainisch sprach. Keine einzige Zeitung in dieser Sprache wurde herausgegeben, die lokalen Fernsehsender haben nicht in ihr gesendet. Um die von mir benötigten Bücher über ukrainische Literatur zu finden, musste ich sie in Kiew bestellen. Als letzter Schritt zu De-Ukrainisierung blieb nur noch die Abnahme der ukrainischen Flaggen von den Gebäuden staatlicher Behörden, einer der wenigen Anzeichen ukrainischer Präsenz in den östlichen Ländereien. Und auch diesen Schritt der De-Ukrainisierung haben die Volksmassen vollzogen.

Das Fiasko des ukrainischen Projekts bestand darin, dass all diese 23 Jahre hindurch es nicht gelungen war, den Donbass zu einem Teil der Ukraine zu machen. Es gab keine den Zusammenhalt fördernde Idee auf Grundlage des historischen Erbes, weder eine ethnische, noch eine hinsichtlich der Sprachzugehörigkeit, sondern eine auf Grundlage einer gemeinsamen Zukunft. Deshalb lebte die Ukraine ihre heroische und tragische Geschichte des Freiheitskampfes, während dem Donbass der Traum von der Rückkehr zur Sowjetunion blieb.

Das Projekt vom »Sowjetvolk« war hier im Donbass von Erfolg gekrönt, und jetzt war die Stunde gekommen, die Früchte zu ernten. Es lohnt nicht den Umstand ernst zu nehmen, dass die »Kiewer Junta« dort mit gleich zwei Gestalten verscheucht wird: Stalin und Christus. Das sind lediglich

⁹ Seit der Putin-Ära gebräuchliche nationalpatriotische Redewendung.

Symbole, eine Hülle, Talismane, Schutzamulette. Hier bewegt die Menschen der ehrliche und unverdeckte Wunsch sich dem unterzuordnen, der es vermag in sich eine »Vatergestalt« zu erschaffen (im Volksmund einfach »bati«).

Woher kommt dieser Wunsch nach einer starken Hand? Immer häufiger geben Journalisten darauf eine einfache Erklärung: Das liege daran, dass diese Menschen von ihrer Mentalität her, physiologisch und quasi genetisch betrachtet Sklaven seien, Sowki¹⁰, unvernünftig und zu allem auch noch ungebildet. Mir scheinen Erklärungen dieser Art inakzeptabel, denn sie machen die Gräben zwischen den Menschen praktisch biologisch unüberwindbar und Versuche, Schnittpunkte ausfindig zu machen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Vor allem lohnt es sich in Erinnerung zu rufen, dass in dieser Gesellschaft die Erfahrung fehlt, horizontale soziale Beziehungen aufzubauen. Erstmals war diese Möglichkeit 1991 gegeben, aber kriminelle Clanstrukturen, die die Rolle der »starken Hand« eingenommen hatten, haben sich diese schnell zu Nutze gemacht, indem sie den sozialen Wohlstand des in Unverständnis weilenden und völlig entmutigten Arbeitervolks außer Acht ließen.

Eine Staatsmacht, die nichts kontrolliert und stattdessen alle Verantwortung auf ihre Bürger abwälzt, ist eine Schwächedemonstration. Beispielsweise zeugt Demokratie nach Ansicht vieler Donezker Bürger von einem schwachen Staat. Warum funktionieren die kommunalen Hausverwaltungen nicht und warum fehlen in den Hauseingängen die Glühbirnen? Weil »rund um uns herum Demokratie herrscht und sich Freiheit breit gemacht hat«, denken sie. Aber was sollen sowjetische Menschen mit solch einer Freiheit anfangen, wo sie doch an Ordnung gewöhnt sind? Freiheit war nicht gefragt, weil sie verwechselt wurde mit der Freizügigkeit zu tun und zu lassen, was man möchte, und zu überleben wie es eben geht.

Die Erkenntnis der Widersprüchlichkeit eines solchen Freiheitsverständnisses kam mir dank meiner Lebenserfahrung in einem europäischen

10 Wörtlich übersetzt »Kehrschaufel«. Der Begriff steht für den »Sowjetmenschen«.

Land. Eines Tages musste ich meinem westlichen Kommilitonen das ewige Dilemma unserer Gesellschaft erklären: Was ist wichtiger, Ordnung oder Freiheit? Das kam bei ihm an wie eine mittelalterliche Betrachtung, wo doch vielen Europäern offenbar sei, dass allein die Freiheit eines jeden Bürgers den Schlüssel zur Ordnung darstelle. Wahlfreiheit und Demokratie sind Mechanismen, die es einer Gesellschaft erlauben, die von ihr in Führungspositionen gewählten Personen zu kontrollieren.

Anscheinend hat der Donbass vor 1991 gelebt und danach nur noch überlebt, wobei er einem unheilbar Kranken immer ähnlicher wurde. Mit den hohen Gehältern verschwand nicht nur der Wohlstand, sondern auch der Lebenszweck, der auf dem Glauben an die Devise vom unschätzbaren Beitrag der Bergarbeiter und Arbeiter zum Aufbau der leuchtenden kommunistischen Zukunft basierte. Es verschwand einfach alles: Privilegien, das Vertrauen in den morgigen Tag, der Stolz auf die eigene Arbeit. Mit der Armut lässt sich ein leichtes Spiel treiben. Und jene Leute, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit von sich gaben, der »Donbass ernährt die ganze Ukraine« und er »lässt sich nicht in die Knie zwingen«, bescherten sich eine fette Zukunft auf Kosten der Bevölkerung dieser Region, die selbst jenseits der Armutsgrenze lebt.

All diese etwas mehr als zwanzig Jahre über pflegten die in der UdSSR geborenen Menschen ihre Sowjetnostalgie, indem sie nur die positiven Erinnerungen aus ihrem Gedächtnis hervorholten. Meine Mutter dachte häufig daran, dass im Kindergarten jeden Tag leckere fetthaltige Milch aufgetischt wurde, und wie ihr in ihrer Jugend als junger Künstlerin ein phänomenal hohes Gehalt bezahlt wurde für Fresken, die Sportler und Kosmonauten auf den Wänden des Pionierhauses in Mariupol darstellen. Sogar die Schlangen für Geschirr und Teppiche, und später auch für Wurst und Brot kamen in leuchtender Erinnerung daher, als Symbol der Einheit der Menschen in ihrem Elend. Für Wurst standen schließlich fast alle an, und wer nicht in der Schlange stehen musste, stellte seinen Reichtum nicht zur Schau.

Menschen suchen sich keine Politiker, die ihnen unangenehme Wahrheiten ins Gesicht sagen. Die Wahrheit aber bestand darin, dass der Kohlebergbau längst zum perspektivlosen Minusgeschäft geworden war, und dass die

gesamte Industriestruktur der Region komplett umgebaut werden und der Donbass sich neu ausrichten muss, denn ihm bleibt keine andere Chance. Es ist unschwer zu erraten, dass die Bevölkerung es vorzieht, beraubt, dafür aber getröstet zu werden. Orwell schrieb in seiner Antiutopie »1984«, dass die Menschen »die Freiheit nicht ertragen, der Wahrheit nicht in die Augen sehen können, deshalb müssen sie von jenen gesteuert und systematisch betrogen werden, die stärker sind als sie. Die Menschheit steht vor der Wahl: Freiheit oder Glück, und für die überwiegende Mehrheit ist Freiheit die bessere Variante.«¹¹ Vielleicht fällt es deshalb den im Donbass Geborenen leicht diese Zeilen in vollem Ausmaß zu verinnerlichen.

Die Rhetorik aus Sowjetzeiten fand schnell ihren Weg zurück, wobei der Lebensstandart nur sehr langsam stieg, die Bevölkerung gab sich auch schon mit dem Mythos vom prallen Leben zufrieden. Meine Wohnungsnachbarn sprachen mit Stolz davon, welch wunderschönes Stadion Rinat Leonidowitsch¹² (Oligarch und »Eigentümer« des Donbass) in den Sand gesetzt habe und wie schön es sei, dass die Fußballeuropameisterschaft in »unserer« Stadt stattfindet. Sie haben sich aufrichtig darüber gefreut, ohne auch nur die Möglichkeit zu haben, sich ein Ticket für eines der Spiele zu kaufen, und ohne zu begreifen, auf welche Kosten Stadien gebaut werden, die man sich nur aus der Ferne ansehen darf.

Alle im Donbass angesehenen politischen Kräfte setzten dabei immer nur auf eines: eine Union mit Russland. Niemand wagte es die Rückkehr der Sowjetunion zu versprechen, aber die Beschreibungen von Russland ähnelten eins zu eins dem Bild des verloren gegangenen sowjetischen Paradieses. In diesem paradiesischen Russland sind alle gleich, lieben ihre Heimat und ihren Anführer, verachten den vor sich hinfaulenden Westen und gehen in die orthodoxe Kirche des Moskauer (richtigen) Patriarchats. Aber das allerwichtigste ist, das in Russland Stabilität herrsche, dort finde ein normales Leben statt ohne Erschütterungen und überflüssige Anstrengungen. Mag sein, auch dort gebe es Nichtstuer, die Staat und Kirche verspotten,

11 Eigene Übersetzung mangels Vorlage der offiziellen Übersetzung ins Deutsche.

12 Rinat Leonidowitsch Achmetow. Der aus Donezk stammende Achmetow ist der reichste Oligarch der gesamten Ukraine und langjähriger Präsident des Fußballclubs Schachtar Donezk.

indem sie irgendeine Freiheit einfordern, aber Gott sei Dank würden sie auf die Schnelle von der normalen gesunden Gesellschaft isoliert.

Ehrliche naive Bürger fielen auf diese karikaturhafte Darstellung der UdSSR herein, unverhohlenen Spott nahmen sie für bare Münze und erhoben ihn auf den Sockel einer allgemeingültigen Weltanschauung. Die unvorstellbar groteske Mischung aus Zarismus, Stalinismus, Nationalbolschewismus, Eurasien, Siegeskult und Orthodoxie fand ihre Krönung im Namen Putin, der (in Folge) den aufrichtigen Glauben der Donezker Menschen verriet.

Vor mir tut sich eine Masse an Fragen auf. Erstens, wie sollen diese betrogenen Leute weiter leben, wenn sich die 20-jährigen Versprechungen von der »Russischen Welt« nicht verwirklichen? Zweitens, wie soll das Zusammenleben mit ihnen funktionieren für jene, die nie an diese Märchen geglaubt haben? Wie kann ich in meine Heimatstadt zurückkehren? Wo doch Gleichaltrige, die früher abends am Hauseingang auf mich gewartet haben, um mir einen Schreck einzujagen oder der Belustigung wegen eine Beleidigung an den Kopf zu werfen, heute mit Maschinengewehren umherlaufen und Spaß haben wie Erwachsene? Wer weiß, wann ich Antworten auf meine Fragen bekomme, wann ich zu Hause leben werde kann und nicht umherreisen muss auf der Suche nach netten Brötchengebern, die bereit sind mir ein Dach über dem Kopf anzubieten? Wer weiß, wann meine Eltern wieder eine Arbeit im verödeten Donezk finden, wo niemand mehr Taxi fährt und Blumen nur für Beerdigungen gekauft werden?

Identität fordert einen hohen Preis. Tausende Menschen kommen ums Leben, unter anderem auch deshalb, damit immer mehr russischsprachige Bewohner des Landes mit Überzeugung sagen können: »Wir sind Ukrainer«, nicht weil wir Ukrainisch sprechen, sondern weil wir in Freiheit leben möchten. Der Mensch ist unfrei, wenn er die Wahrheit nicht wissen will und lieber seiner Ignoranz frönt und in Unwissen lebt. Wer anfängt, nachzudenken, erlangt Freiheit. Deshalb möchte ich, dass die Ukraine frei wird in der Suche nach der Wahrheit, die zwar häufig die Augen verletzt, aber die Seele reinigt.

Nina Potarskaja, Direktorin des Zentrums für Arbeits- und Sozialforschung, Kiew

NUTZNIEBER IM SYSTEM ODER BUSINESS AS USUAL: ALLTAG UND ÖKONOMIE IM DONBASS

Noch steht uns das Verstehen und Bewerten der Ereignisse der vergangenen zwei Jahre in der Ukraine bevor. Von Voreingenommenheit geprägte antagonistische Positionen bringen im Informationsraum unzählige Nachrichten hervor, doch tragen sie keineswegs zur Klärung von Sachverhalten bei, sondern lassen sie im Gegenteil noch nebulöser erscheinen. Durch einen Nebelschleier hindurch sind Ursachen und Motive der einen oder anderen Seite nur schwer zu erkennen. Jede Seite manipuliert unsere Gefühle und hält gezielt mit Fakten zurück, infolge dessen kann sogar der unvoreingenommenste Beobachter in Verwirrung geraten.

Das vergangene halbe Jahr¹ habe ich im Osten der Ukraine verbracht, wo ich versucht habe, die dortigen Vorkommnisse zu verstehen, und wie es zu einem solchen Unverständnis und einer solchen Entmenschlichung kommen konnte. Mit Blick auf meine Bekannten, Kollegen und Freunde, die sich klar und deutlich für unterschiedliche, sich bekämpfende Lager entschieden haben, obwohl wir noch gestern zusammen für die Einhaltung von Menschenrechten und soziale Garantien eintraten, hüte ich mich vor jeglichen radikalen Statements. Denn jede auf unwahre Kenntnisse aufbauende Behauptung ist eine Lüge. Ich habe mich für lediglich zwei Kriterien entschieden, um ein Ereignis, eine Nachricht, ein Gesetz oder sonstige Vorkommnisse einschätzen zu können: Wer profitiert davon oder verdient und wer hat das Nachsehen?

Um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, wer in dem Konflikt das Nachsehen hat, reicht ein zweitägiger Ausflug Richtung Osten völlig aus. Noch

1 Im Frühjahr/Sommer 2015 unternahm die Autorin mehrere Recherchereisen.

besser ist es, bis Donezk oder Lugansk zu fahren. Als ich mich im anbrechenden Frühling dieses Jahres dorthin aufgemacht habe für eine Recherche über das Leben nicht kämpfender Frauen im Osten, wollte ich in erster Linie die Ursachen des Konflikts herausfinden und verstehen, wie die lokale Bevölkerung die Situation einschätzt. Mir war nicht daran gelegen, endgültige Schlussfolgerungen daraus zu ziehen oder Schuldige zu suchen.

Als erstes fiel mir nach der Ankunft im Osten die große Anzahl an alten Menschen und Frauen auf, nicht selten zusammen mit Kindern, ohne dies statistisch belegen zu können. Dazu schlechte Straßen und vormals funktionsfähige, nun aber verwaiste Betriebe. Es wäre falsch zu behaupten, dass der Osten der Ukraine irgendwie besonders arm sei. Jede beliebige, in der Provinz unseres Landes gelegene Stadt wirkt armselig, bei Fahrten von Stadt zu Stadt lernt man jedoch, die Schattierungen dieses Elends voneinander zu unterscheiden.

Zur Armut hinzu kommen Formen der Stigmatisierung der Bevölkerung des Ostens auf unterschiedlichem Niveau: von reinen Alltagsphänomenen bis hin zur Diskriminierung von Staats wegen, wenn beispielsweise den aus dem Kriegsgebiet Umgesiedelten die Teilnahme an den ukrainischen Regionalwahlen am 25. Oktober verweigert wird². Gemeinhin kommen Bewohner des Ostens in den Augen des ukrainischen Kleinbürgers überaus schlecht weg: grob, dreist, schlecht erzogen mit geringer Bildung, der Lebensunterhalt wird mit körperlicher Arbeit bestritten, dem Alkohol zugeeignet und womöglich noch sowjetischer Patriot mit nostalgischen Anflügen und der Forderung nach einem starken Führer oder Diktator, einem wie Stalin oder Putin. Diese Einstellung seitens der ukrainischen Mainstream-Propaganda findet auf der Gegenseite ihr Pendant in Form ungezügelter Nazihorden, die eine totale Ukrainisierung anstreben und alle zwingen, »Ruhm der Ukraine, Tod den Feinden!« zu schreien. In beiden Fällen haben wir es nicht mit der Abbildung realer Verhältnisse zu tun oder dem Versuch, ein nach Regionen aufgeteiltes wirklichkeitsgetreues Bild zu schaffen, wonach die Bewohner des Westens sich angeblich nach Demokratie und europäischen Werten sehnen, während die Bewohner des Ostens sich für

2 Betroffen waren davon etwa 1,5 Millionen Menschen, die als temporäre Umsiedler gelten. Gemeint sind beispielsweise Krimtataren und Bewohner aus dem Donezker und Lugansker Gebiet, die derzeit in anderen ukrainischen Regionen leben und nicht an ihren festen Wohnort zurückkehren können.

Totalitarismus und Rückständigkeit unter der Anführung Putins aussprechen. Dieser Konflikt hat zum wiederholten Mal deutlich gemacht, dass sich die Motive der einen oder anderen Gruppe nur aus den jeweiligen Lebens- und Produktionsverhältnissen heraus erklären lassen, sprich basierend auf objektiven ökonomischen Interessen einer konkreten Klasse. Demnach lässt sich sagen, dass der aktuelle Konflikt in erster Linie jene getroffen hat, die sich ohnehin in einer prekären Lage befanden. Das bezieht sich nicht allein auf das Konfliktgebiet, sondern auf die gesamte Ukraine: die Entwertung des Hrywna³, Tarifierhöhungen, Kürzungen von Arbeitsplätzen machen Menschen in der ganzen Ukraine zu schaffen, aber besonders hart trifft dies die Bewohner der selbsternannten »Volksrepubliken«. Am Beispiel von Interviews versuche ich einen Überblick über die Verhältnisse zu schaffen und die Grenzen des Verstehens zu erweitern. Innerhalb eines halben Jahres habe ich etwa 30 Frauen sowohl in den von Kiew kontrollierten Gebieten als auch in den »Volksrepubliken«⁴ befragt und jedes Mal handelte es sich um eine Geschichte voller Besorgnis und Hoffnung und den alltäglichen versteckten Kampf ums Überleben.

Ein friedliches Leben gehört für viele der Vergangenheit an, und die damit verbundenen Erinnerungen rufen Ergriffenheit hervor angesichts vormaliger kleinlicher Betriebsamkeit. Pläne für einen Wohnungskauf, Renovierungen oder wohnliche Einrichtungen müssen zurückstehen. Die Menschen in Osten leben im Hier und Jetzt, die Ausweglosigkeit treibt sie in eine demütige Schicksalsgläubigkeit und philosophischen Gleichmut; jeder gelebte Tag ist eine Freude.

Hinsichtlich der Bewertung der Lage vor Beginn des Konflikts teilen sich die Frauen in zwei Lager auf. Die einen sagen, dass vor dem Konflikt zahlreiche Probleme existierten, die mit der Eigenmächtigkeit der Behörden und der Geschäftswelt zu tun hatten. Sie nennen konkrete Bereiche wie fehlende Arbeitsplätze, geringe Löhne, schlechte Umweltbedingungen, illegale Bautätigkeiten. Häufig weisen sie auf einen defizitären Umgang der Staatsmacht mit der Bevölkerung hin als Ursache für einen Großteil der Probleme.

3 Ukrainische Landeswährung.

4 In der Recherche kommen Frauen auf beiden Seiten zu Wort. Etwa die Hälfte der Interviewpartnerinnen wurde in den »Volksrepubliken« befragt, die andere Hälfte in in relativer Nähe zur Front gelegenen, von Kiew kontrollierten Städten wie Charkow und Zaporozhje.

Die andere Gruppe von Frauen schätzt die Lage vor dem Konflikt an jeweils konkreten Orten recht positiv ein. Obwohl diese Frauen durchaus auf Probleme eingehen, mit denen sie früher konfrontiert worden waren, reproduzieren sie in ihrer Erinnerung ein positives Gesamtbild, indem sie hauptsächlich auf die damalige Stabilität verweisen.

Es ist offensichtlich, dass die Vertreterinnen dieser Gruppe meist aus Orten stammen, die von dem bewaffneten Konflikt stark betroffen sind. Ihre Situation hat sich gravierend verschlechtert, auch finanziell betrachtet. Ihr Leben »davor« erscheint freudvoll und erfüllend, auch wenn sie die existierenden ökonomischen Schwierigkeiten keineswegs unter den Tisch kehren.

Neben materiellen Verlusten sprechen die Frauen von einem allgemeinen Absinken des Lebensstandards und etlichen weiteren im Zusammenhang mit dem Konflikt stehenden Problemen. Der niedrige Lebensstandard, Mangel an Arbeitsplätzen, geringe Löhne, Beamtenwillkür – all diese Phänomene tauchen in praktisch jedem Interview auf.

An vorderster Stelle steht aus Sicht der Frauen, egal auf welchem Gebiet sie sich aufhalten, die schwierige materielle Lage, die zwar schon vor dem Konflikt bestand, sich heute aber in einem kritischen Stadium befindet. Selbst für grundlegende Gebrauchsgüter und Medikamente fehlen entsprechende Mittel.

Auf das Einkommen bezogen setzt sich ein Familienbudget derzeit aus folgende Ausgaben zusammen: Nahrungsmittel, Kinderbekleidung, Bildungsmaßnahmen für Kinder und Wohnnebenkosten. Liegt der Beitrag der Frau zum Familieneinkommen auf einem geringen Niveau, gestaltet sich beispielsweise die Einberufung des Mannes zum Militärdienst äußerst problematisch, da dies mit dem Verlust der Arbeitsstelle, der Berufsunfähigkeit oder gar dem Tod einhergehen kann.

Innerhalb der Partnerschaft ist die Frau häufig vermehrt für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig, was sich auf ihre Berufswahl niederschlägt. In der Regel gehen sie keiner vollen Erwerbsarbeit nach, arbeiten häufig im Staatsdienst mit der Option, sich bei Bedarf krankzuschreiben zu lassen, was eine sehr geringe, rein symbolische Entlohnung bedeutet. Aufgrund der Ungleichheit bei Löhnen und Gehältern, eines geringen Frauenanteil in der öffentlichen Sphäre und vergleichsweise geringer wirtschaftlicher Aktivitäten von Frauen erscheint ihre Situation besonders prekär.

Frauen in frontnahen Gebieten sprechen von ihren Ängsten in erster Linie im Zusammenhang mit der steigenden Kriminalität, der Furcht davor, bestohlen zu werden, ohne Mittel zur Bestreitung ihrer Existenz dazustehen und vor einer Ausweitung des bewaffneten Konflikts auf ihre Region. Sie haben gesehen, wie schnell und zu welchem Preis mit hohen Opferzahlen die militärische Einnahme diverser Städte (Kramatorsk⁵, Slawjansk⁶) vonstatten ging und fürchteten sich vor jeglichen Anzeichen ähnlicher Vorkommnisse. In Charkow kamen Menschen bei mehreren Anschlägen zu Tode und nicht wenige gingen davon aus, dass sich »Neurussland« auch auf dieses Gebiet ausweiten werde.

Wer an Orten zurückblieb, die unter Beschuss standen, hatte Angst, ohne Einkommen und Lebensmitteln dazustehen oder die Wohnung zu verlieren. Auch die Angst vor Verletzungen mit bleibenden Behinderungen wird genannt. Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein – so beschreiben die Frauen ihre Gefühlswelt. Obwohl nicht alle direkt behaupten, keinen eigenen Beitrag zur Veränderung der Lage leisten zu können. Ehrenamtlich tätige Frauen sagen von sich, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchaus eigene Akzente setzen könnten, während jene, die sich nicht weiter engagieren, hervorheben, dass der Konflikt ohne ihre Beteiligung begonnen habe, und sie nicht in der Lage seien, ihn zu beenden. Häufig verweisen sie auf die Rolle der politischen Führungsfiguren, die besser informiert seien und über mehr Vollmachten verfügten. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Zivilbevölkerung von Hilflosigkeit gekennzeichnet war und ist.

Die ganze Misere ruft ein bedrückendes Gefühl hervor, das sich nicht bremsen lässt. Den Frauen fällt es schwer, Distanz zu dem sie umgebenden Elend herzustellen. Selten sprechen sie unmittelbar von der Staatsmacht, Militärs, Russland, Separatisten oder Kämpfern. Vielmehr sprechen sie von »etwas«, »darüber«, über die »Situation«, von einem omnipräsenten, unwiderrufflichen und abstrakten »Bösen«, dem sie sich nicht entgegenstellen, sondern nur damit abfinden und sich anpassen könnten.

Es entsteht der Eindruck, dass die Menschen die Konfliktursachen selbst nicht nachvollziehen können und häufig nicht in der Lage sind, die Forderungen

5 Im April 2014 wurde Kramatorsk zu einem Teil der »Donezker Volksrepublik« erklärt und stand häufig unter Beschuss. Seit Anfang Juli 2014 steht die Stadt wieder unter Kontrolle der Kiewer Zentralregierung.

6 Das weit von Kramatorsk gelegene Slawjansk wurde ebenfalls im April 2014 von den Truppen der »Donezker Volksrepublik« eingenommen, die die Stadt bis Juli 2014 kontrollierten.

der sich bekämpfenden Seiten zu benennen. In ihren Erzählungen tauchen Situationen wie diese auf, wo Soldaten an den Kontrollposten vereinbaren, den gegenseitigen Beschuss während der Mittagspause einzustellen, »als ob sie sich daraus ein Spiel machen«.

Häufig merken sie an, dass die Ereignisse im Frühjahr letzten Jahres teils provoziert, teils konstruiert und wie ein regelrechtes Spektakel auf die Bühne gebracht worden seien. Auch in den Antworten auf die Frage nach der Machbarkeit eines friedlichen Dialogs und Kooperation fällt die Bereitschaft zur Kompromissssuche auf.

Aufschlussreich waren die Antworten in Bezug auf den Wunsch nach Dialog mit den jeweiligen Opponent_innen⁷. In Städten, die sich relativ weit weg von möglichen Angriffen befinden, äußerten die Befragten ihre Unwilligkeit, sich auf einen Kompromiss einzulassen, was sie mit den hohen Opferzahlen und dem Wunsch begründeten, das einmal Begonnene zu Ende zu führen. Kategorisch gegen eine Aussöhnung stellten sich außerdem aktive Unterstützerinnen der einen oder anderen Konfliktpartei. Wer sich politisch nicht betätigt, legt eine umgekehrte Haltung an den Tag, nämlich dass die Konfliktursachen vorgeschoben seien und im Vordergrund die Festigung von Kooperation und Dialog stehen müsse. Diese Frauen sind davon überzeugt, dass sich Konfliktthemen im Umgang miteinander vermeiden lassen, ja sogar die Zusammenarbeit in einem Kollektiv unter Beibehaltung eines Meinungspluralismus möglich sei.

Wer profitiert vom Krieg?

Diese Frage enthält sowohl einen geopolitischen, als auch lokalpolitische und ökonomische Aspekte. Ganz wie ein aus mehreren Schichten zusammengesetzter Kuchen, von der jede einzelne zum Geschmackserlebnis beiträgt, für sich genommen jedoch kaum Sinn hat und niemals als eigenständiges Gericht vorgesetzt wird. Ich aber schlage vor, den Kuchen aufzuschneiden und jede einzelne Schicht gesondert zu betrachten.

Die geografische Lage der Ukraine gerät ihr häufig zum Vorteil, weist gleichzeitig jedoch auch tragische Züge auf. Die Ukraine liegt an einer geo-

7 An dieser Stelle nutzt die Autorin im russischen Original einen dynamischen Unterstrich für den Plural, auf den sie ansonsten verzichtet.

politischen Schnittstelle und sieht sich seit ihrem Bestehen mit einer verstärkten Aufmerksamkeit sowohl von westlicher Seite, also Europa und den USA, als auch durch Russland konfrontiert. Wer von einer Entwicklung gewisser »europäischer« oder »traditioneller slawischer« Werte spricht, betreibt Augenwischerei. Es ist sinnlos, die implizite und explizite Präsenz der »langen Hand des Kremls« in der ukrainischen Politik zu leugnen, doch ist es ebenso schwierig, die Einmischung des Westens unter dem Vorwand einer angestrebten Demokratieentwicklung zu ignorieren.

Die nächste Schicht besteht aus Wirtschaftsinteressen der wichtigsten Oligarchen-Gruppen innerhalb der Ukraine, die im Frühjahr letzten Jahres infolge ihres Machtverlusts und der allgemein unübersichtlichen Lage Freiwilligenverbände auf beiden Seiten formiert haben, was einzig und allein der Aufrechterhaltung ihres regionalen Einflusspotenzials diene. In diesem Zusammenhang lohnt sich der Hinweis auf einige Besonderheiten hinsichtlich der Umsetzung von Geschäftsinteressen unter Kriegsbedingungen. So mag es merkwürdig erscheinen, aber die einzige legale Option, Fracht über Grenzen zu schaffen, sind Güterzüge. Das trifft jedoch nur auf Großunternehmen zu.

Kohle aus Krasnodon⁸ wird in die frontnahe Kokerei nach Awdijiwka⁹ gebracht, das von der Ukraine kontrolliert wird. Anschließend geht das aus Kohle gewonnene Koks zum Schmelzen von Metall nach Jenakijewe¹⁰, dessen Endprodukt wird danach ans Asowschen Meer gebracht zum Weitertransport gen Westen.

Anfang Januar kam es zu Problemen mit dem Abtransport der Kohle nach Awdijiwka, letztlich gab es dennoch grünes Licht. Der Betrieb in Awdijiwka erwirbt inzwischen nur noch zehn Prozent der Kohle in Krasnodon. Unter vorgehaltener Hand berichteten die Arbeiter, dass die Kohle nach Russland verfrachtet werde. Das den Koks produzierende Unternehmen zahlt in der Donezker »Volksrepublik« keine Steuern, unterstützt jedoch die Kommune auf Bitte derer Verwaltung hin. Im vergangenen Jahr flossen etwa 16 Millionen

8 Seit 2014 gehört die Stadt zum Einflussgebiet der Lugansker »Volksrepublik«.

9 Awdijiwka liegt im Donezker Gebiet und stand bis Ende Juli 2014 zeitweise unter der Kontrolle der Donezker »Volksrepublik«. Seither gehört die Stadt, die de facto an der Demarkationslinie gelegen ist, wieder zum Einflussgebiet der Kiewer Zentralmacht. In Awdijiwka befindet sich die größte Kokerei Europas.

10 Die Stadt liegt im Einflussgebiet der Donezker »Volksrepublik«.

Hrywna¹¹ in die Kassen der Stadt. Mit diesen Mitteln konnten durch Artilleriebeschuss beschädigte Gebäude saniert werden.

Der Energiekonzern DTEK liefert Strom an die Lugansker »Volksrepublik«, den die Verbraucher über den »Lugansker Energieverband« (LEO) beziehen. Eigentümer des Unternehmens ist der russische Geschäftsmann Konstantin Grigorischin. Stromrechnungen werden über die Konten des LEO beglichen, der wiederum Zahlungen an das ukrainische Staatsunternehmen »Energhorynok« leistet. Letztlich funktioniert alles genau so wie vor Beginn des Konflikts. Gleichzeitig bestätigt sich damit der auch aus anderen Quellen verlautbarte Hinweis, wonach russische Unternehmen in den »Volksrepubliken« keine Verträge abschließen, sondern es vorzögen, ihre Geschäfte auf legale Weise abzuwickeln. Großunternehmen mit ausländischem Kapitalanteil, darunter auch russische, lassen sich in den »Volksrepubliken« nicht als Niederlassung registrieren.

Mittelständischen Firmen und Kleinbetrieben gelang es schnell, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen und Geschäftsbeziehungen in den grenznahen Gebieten aufzubauen. Ohne große Probleme liefern sie fehlende Lebensmittel und Medikamente in offiziell blockierte separatistische Städte bei einer Gewinnrate von 200 bis 300 Prozent. Im Unterschied zu Großunternehmen verlangen die Behörden in den »Volksrepubliken« von ihnen, Niederlassungen einzurichten und Steuern zu zahlen, aber genauso gut können sie im halblegalen Raum existieren. Ein überdimensionaler Reingewinn schafft dafür beste Voraussetzungen.

Gleichzeitig beschwerten sich mittelständische Firmen und Kleinbetriebe über die Blockade durch die ukrainische Seite in Form von Einfuhrbeschränkungen für Lebensmittel und Gebrauchsgüter in die besetzten Gebiete, die gleichzeitig auch die Bewegungsfreiheit eingrenzt. Viele der »ehrenwerten« Kleinhändler vertreiben bereits das ganze Jahr über Restbestände. Zu Lieferanten aus Charkow und Odessa ist der Kontakt abgebrochen, der Import aus Russland ist zu teuer. Gleichzeitig entstehen neue Geschäftsverbindungen, der Markt orientiert sich anders, und große Lebensmittelketten sind tatsächlich teilweise auf Importe aus Russland und Belarus umgestiegen. Kleine Lebensmittelläden hingegen verkaufen Schmuggelware aus der Ukraine, die sich großer Popularität erfreut.

11 Vor dem drastischen Verfall des Hrywna im Verlauf des Jahres 2014 über 900 000 Euro.

Fleisch gelangt im Wesentlichen als Lebewild in die »Volksrepubliken«. Für ein geschlachtetes Schwein müssen an einer ukrainischen Straßensperre 1000 Hrywna¹² entrichtet werden. Auch tiefgekühltes Fleisch wird angeliefert, aber unbestimmte Wartezeiten an den Kontrollpunkten bergen in sich die Gefahr, dass die Ware verdirbt. Der »Tarif« für einen Lastwagen mit Lebensmitteln liegt bei 100.000 Hrywna¹³, für einen Kleintransport bei etwa 50.000 Hrywna¹⁴. Für einen Lastwagen mit Medikamenten verlangten die Kontrollposten 6 Millionen Hrywna¹⁵, dabei spielte es keine Rolle, um welche Art von Medikamenten es sich handelte. Eingeführt werden im Regelfall die preislich günstigsten. Ein Mann, mit dem ich mich unterhalten hatte, bringt pro Woche zwei Wagen voller Schmuggelware im Wert von etwa 100.000 Hrywna über die Grenze. Medikamente verkauft er mit einem Gewinn von 200 bis 300 Prozent. In den Apotheken gibt es gelegentlich Engpässe bei elementaren Medikamenten, aber im Prinzip, so ein von mir befragter Apotheker, sei die medizinische Versorgung trotz erhöhter Preise und eines eingeschränkten Angebots sichergestellt. Obwohl in der Donezker »Volksrepublik« nach und nach Löhne und Gehälter wieder regelmäßig ausbezahlt werden (allerdings in russischen Rubeln, das gilt auch für Staatsangestellte, gleichzeitig beziehen viele Menschen ihr Geld inzwischen auf ukrainischem Gebiet), hat sich der Handel bislang kaum wiederbelebt, und die Preise haben sich auf einem hohen Niveau eingependelt. Dementsprechend gibt es viele Klagen, wonach der gesamte Verdienst lediglich für eine bescheidene Ernährung und die allernötigsten Medikamente ausreicht. Im Bargeldverkehr kursieren sowohl der Rubel als auch der Hrywna, wobei der Rubel erst gegen Ende des Frühjahrs eingeführt wurde als Reaktion auf das entstandene Hrywna-Defizit. Der Währungskurs von Rubel im Verhältnis zum Hrywna unterscheidet sich im Bargeldverkehr stark vom offiziellen Kurs, der den Hrywna geringer als den Rubel wertet: Für einen Hrywna gibt es zwei Rubel. Somit tun sich auch hier Optionen für unternehmerische Leute auf, die mit Währungshandel einen guten Gewinn einheimen können.

12 Etwa 40 Euro.

13 Etwa 4000 Euro.

14 Knapp 2000 Euro.

15 Etwa 235 000 Euro.

Abschließend lässt sich konstatieren, dass Warenverkehr und Lebensmittelhandel keine nennenswerten finanziellen Verluste erleiden, da Lieferungen in die »Volksrepubliken« Gewinnraten von 200 Prozent ermöglichen, wobei nur etwa zehn Prozent der anfallenden Ausgaben für Schmiergelder entrichtet werden.

An dieser Stelle erfolgt der direkte Übergang zur nächsten Interessengruppe, gemeint ist das Militär. Ich erlaube mir, über diese Gruppe ohne gebührende Achtung zu schreiben. Verallgemeinerungen sind mit Vorsicht zu genießen, aber mit Maschinengewehren bewaffnete Menschen lösen bei mir insbesondere seit meinen Reisen in den Osten eine erhöhte Sensibilität für meine Umgebung aus. In der Praxis lassen sich die Kämpfer auf beiden Seiten nicht immer eindeutig voneinander unterscheiden, weder im positiven, noch im negativen Sinne. Für die einen stellen sie eine Schutzmacht dar, in den Augen vieler anderer sind sie Mörder. Trifft man mehrmals am Tag abwechselnd auf die einen oder anderen, sucht das Gespräch an den Kontrollpunkten und reagiert auf Witze, verschwimmt das Bild vor den Augen und nicht immer lässt sich nachvollziehen, was diese einfachen Jungs voneinander trennt und weshalb sie aufeinander schießen.

Weiter oben findet sich die Beschreibung einiger Aus- und Einfuhrpraktiken in jenem Territorium des Donbass, das sich außerhalb des Einflussgebiets der ukrainischen Zentralregierung befindet. Die Etablierung eines Passierscheinsystems an der Grenze schuf zusätzliche Verdienstmöglichkeiten. Hier fällt auf, dass mit Kohle beladene Eisenbahnwaggons die Grenze problemlos passieren können, im Unterschied zu Menschen. Dieses Thema wäre einen eigenen Artikel wert. Um an den nächstgelegenen Bankautomaten jenseits der Grenze die monatliche Rente abzuheben¹⁶ oder Lebensmittel und Medikamente einzukaufen, verbringen Rentner und Frauen im Erwerbsalter, die den größten Teil der Grenzgänger ausmachen, etliche Stunden beim Schlangestehen vor den Kontrollpunkten. Seit der im Juni eingeführten neuen Grenzregelung sind direkte Busverbindungen von ukrainischem Gebiet nach Lugansk und Donezk untersagt. Dadurch sind die Menschen gezwungen, bis zu einem Kontrollpunkt zu fahren, wo sie die Grenze zu Fuß passieren, im Anschluss fahren sie in einem Sammeltaxi zum Kon-

16 Bewohner der »Volksrepubliken« können ihre ukrainische Rente nur auf von der Kiewer Zentralregierung kontrolliertem Gebiet beziehen.

trollposten der anderen Seite (in Absprache zwischen Transportunternehmen und Militär) und erst dann erfolgt die Weiterfahrt zum eigentlichen Ziel. Die Kosten für eine Fahrt über rund 100 Kilometer belaufen sich auf 400 Hrywna¹⁷ – etwaige Schmiergelder nicht eingerechnet. Damit stieg der Fahrpreis um das Vierfache an, was die Menschen dazu veranlasst, solche Fahrten so selten wie möglich zu unternehmen und auf Vorrat einzukaufen. Allerdings sehen die an der Grenze zwischen der Ukraine und der Donezker »Volksrepublik« gültigen Zollregelungen eine maximale Anzahl von fünf Taschen vor. Werden mehr mitgeführt, kann der Grenzübertritt verweigert werden oder erfolgt lediglich mittels Bestechung. Für die Einreise in die »Volksrepubliken« wird ein Passierschein benötigt, dennoch habe ich mehrmals beobachtet, dass Menschen zwischen 100 und 500 Hrywna in ihre Pässe gelegt haben und damit durchgekommen sind.

Umfangreichere Geschäfte werden auf höherem Niveau abgewickelt. Es ist kein Geheimnis, dass der Erwerb diverser Technik und Waffen in einem Land, das in Korruption und Bestechung versackt, mit Schmiergeldern in Millionenhöhe einhergeht. Hersteller von Militärausrüstungen erhalten keine staatlichen Aufträge. Der Rüstungsbetrieb »Majak« bot an, schuss-sichere Westen für die ukrainische Armee zu produzieren, stattdessen werden diese weiter aus den USA bezogen. Das sei nur als Illustration für großangelegte Vorteilsnahme angeführt. Anlässe für Strafermittlungen gegen derartige Praktiken gibt es mehr als genug, doch ähnlich wie bei den tödlichen Schüssen auf dem Maidan hat der Staat damit offensichtlich keine Eile.

Bereits zwei Monate nach Kriegsbeginn hat sich die ukrainische Wirtschaft auf die neuen Bedingungen umgestellt. Verdienstmöglichkeiten ergeben sich auf jeder Ebene: von Kleinschmugglern und den Diensthabenden an den Kontrollposten bis hin zu hochrangigen Staatsbeamten und den Eigentümern von Großkonzernen. Aus diesem Grund bin ich mir sicher, dass der Kriegszustand selbst dann nicht beendet wird, sollte der Kreml seine Waffenlieferungen komplett einstellen. Dafür gibt es zu viele Nutznießer im System.

17 Etwa 15 Euro.

ARBEITSKONFLIKTE IM DONBASS. KLASSENKAMPF IM KRIEGSZUSTAND¹

Alexander Wolodarskij

Heutzutage findet die Wahrnehmung des Donbass ausschließlich unter dem Paradigma von Krieg und Besetzung statt. Seine Bewohner gelten entweder als Verräter, die die faschistischen »sozialen Republiken« LNR und DNR² unterstützt haben, oder als Kämpfer gegen die Besetzung. Ohne Zwischentöne. Entweder prorussische Verräter oder ukrainische Patrioten. Tatsächlich besitzt für den Großteil der Menschen im Donbass weder der Kampf um die »Russische Welt«³, noch der Kampf für eine geeinte Ukraine Vorrang. An oberster Stelle steht das banale Überleben, der Wunsch nach Arbeit und deren Entlohnung. Also handelt es sich um ganz klar auszumachende »Klasseninteressen«, die auf Schritt und Tritt

1 Originalversion siehe: <http://www.nihilist.li/2015/10/19/rabochie-konflikty-na-donbasse-klasovaya-bor-ba-na-fone-vojnj/>.

2 LNR bzw. DNR steht für die Lugansker bzw. Donezker »Volksrepublik«.

3 Im politischen Diskurs Russlands erhielt das Konzept einer »Russischen Welt« nach der Annexion der Krim an Aktualität. Präsident Wladimir Putin bediente sich dieses Begriffes zur Begründung einer Wiederherstellung der historischen Einheit Russlands, basierend auf einer Wertegemeinschaft und genetischen Verbundenheit der russischen Bevölkerung über bestehende Staatsgrenzen hinaus. Die orthodoxe Kirche erweitert die moralisch-zivilisatorische Komponente um eine religiöse. Wenngleich nicht die Rede sein kann von einer einheitlichen »Russischen Welt«, zu der die bis zu 35 Millionen im Ausland lebenden Russen gezählt werden, dient dieses Konzept zur Legitimierung einer besonderen Rolle Russlands im postsowjetischen Raum.

beeinträchtigt werden. Der Krieg stellt eine ideale Rechtfertigung dar für die Einstellung von Lohnzahlungen, ungesetzliche Entlassungen, Drohungen und Erpressung von Angestellten. Auf Hilfe wartet man vergeblich. Linke und rechte »Intellektuelle« überbieten sich in der Hauptstadt⁴ mit ihrer Bereitschaft den Donbass (von dem sich ein nicht unwesentlicher Teil unter ukrainischer Kontrolle befindet) an die »Volksrepubliken« abzutreten, wo das Gespräch mit Gewerkschaftsaktivisten nicht lange dauert. Erstere argumentieren im Namen des »Friedens« und der Vollstreckung eines vermeintlichen »Volkswillens«, Letztere wollen ein »ethnisch fremdes« Element loswerden. Ukrainische Medien teilen praktisch nichts über jene Konflikte mit, die schlichtweg nicht zur Schwarz-Weiß-Malerei im Sinne von »Separatisten gegen Patrioten« passen. Den Bewohnern des Donbass ist es nur dann erlaubt ihre Stimme laut zu erheben, wenn sie die Staatshymne singen. Und die Bergwerkseigentümer, Direktoren staatlicher und privater Betriebe, machen davon nur allzu gern Gebrauch. Dabei ist es ein Leichtes, jeglichen Protest gegen die Arbeitsbedingungen zu diskreditieren, indem er als »separatistisch« umdeklariert wird. Das Hauptstadtpublikum schenkt dieser Lesart gerne Glauben, wobei es dem Donbass seine Solidarität aufkündigt und dessen apolitische oder gar proukrainisch eingestellten Bewohner in die Fänge der »Russischen Welt« treibt. Im Übrigen sind Bergarbeiter und alle sonstigen Arbeiter in den Augen waschechter Separatisten ausnahmslos als billiges Kanonenfutter von Interesse, und das Führen von Arbeitskämpfen ist auf den durch die »Republiken« kontrollierten Gebieten noch gefährlicher als auf ukrainischem Terrain.

Mit Hilfe der Genossen von der Östlichen Menschenrechtsgruppe⁵ versuchen wir in regelmäßigen Abständen unseren Lesern von aktuellen Arbeitskonflikten im Donbass zu berichten. Paradoxerweise widmet sich die linke und anarchistische Berichterstattung wesentlich intensiver den Kämpfen im Nahen Osten, Europa oder Lateinamerika, als dem, was ein paar hundert Kilometer von uns entfernt vor sich geht.

4 Kiew.

5 Die Ende Juli 2014 gegründete Organisation geht gegen die Verletzung von Menschenrechten während der bewaffneten Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine vor.

Ärzte aus dem Krankenhaus in der Stadt Swetlodarsk⁶ erhalten bereits seit zehn Monaten keinen Lohn. Früher unterstand das Krankenhaus der Verwaltung in Debaltsewo, nach der Besetzung wurde es vollständig unter die Leitung des Artjomowskij Bezirk überführt, allerdings ohne dies formalrechtlich korrekt abzuwickeln. Die Krankenhausangestellten sitzen seither in einer bürokratischen Falle. Zwar sind sie offiziell in einem neuen Krankenhaus beschäftigt, doch um ihre Gehälter ausgezahlt bekommen zu können, muss ihr Arbeitsverhältnis im »alten« Krankenhaus, das juristisch betrachtet nicht mehr existiert, aufgelöst werden. Entsprechend werden die Angestellten für ihre Arbeit nicht bezahlt. Dem Arbeitskollektiv gehören über hundert Personen an, die umfangreiche medizinische Hilfe leisten, aber gezwungen sind, ihre Tätigkeit ohne Bezahlung auszuführen und sich aus dem eigenen Garten zu ernähren. Protestaktionen und ein Schreiben an den Präsidenten⁷ haben bislang nichts gebracht. Das Krankenhaus existiert aus Sicht der Ärzte und Patienten, aber nicht aus Sicht der Bürokraten. Da drängt sich geradezu eine logische Maßnahme zur Bereitstellung der nötigen Finanzen auf: All jene Bürokratieinstanzen, die die Umwidmung des Swetlodarsker Krankenhauses behindert haben, gehören aufgelöst und durch ein paar Computerprogramme ersetzt. Bei der Gelegenheit könnten gleich die Richter entlassen werden, die, nebenbei bemerkt, ihrerseits dazu beigetragen haben, dass das medizinische Personal des Swetlodarsker Krankenhauses in einem juristischen »schwarzen Loch« gelandet ist. Das durch die Beamtenentlassungen und damit wegfallende Korruption eingesparte Geld würde nicht nur für die Ärztegehälter ausreichen, sondern auch für die Modernisierung des Krankenhauses. Dessen Schuldenberg übersteigt drei Millionen Hrywna⁸. Das entspricht den Jahresgehältern von zwei Dutzend Richtern. Verlieren 25 Richter ihre Arbeit, merkt niemand einen Unterschied. Bleiben 27 000 Menschen ohne medizinische Versorgung, verlören viele ihr Leben. Bürokratie tötet, Bürokratie tötet effektiver als jede tödliche Krankheit.

6 Zu Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen unterstand Swetlodarsk der Kontrolle der Donezker »Volksrepublik«, später nahmen ukrainische Truppen die Stadt ein, die sich unweit der Demarkationslinie befindet. Im Januar 2015 stand das Krankenhaus unter Artilleriebeschuss und wurde dabei beschädigt.

7 Gemeint ist der ukrainische Präsident Petro Poroschenko.

8 Etwa 120 000 Euro.

In Sewerodonezk entspannt sich derweil ein Konflikt rund um das Einkaufszentrum Amstor. Sewerodonezk ist de facto die neue Hauptstadt des Lugansker Gebiets, solange Lugansk sich unter Besatzung befindet. Dort arbeitet eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen und Beobachtern, darunter auch aus dem Ausland. Leider kümmert sich ein Großteil davon nicht um das Thema Arbeitsgesetzgebung. Die Lage dort ist alltäglich: Der Arbeitgeber hält die Löhne zurück, verweigert den Angestellten die Entlassung und eine entsprechende Abfindung. Bleiben die Angestellten ihrem Arbeitsplatz fern, wird das Arbeitsverhältnis ohne jegliche Bezahlung beendet. Eben dies strebt das unrentable Unternehmen an, das sich einer gesetzmäßigen Auflösung entzieht. In dem außer Betrieb befindlichen Einkaufszentrum werden Strom und Wasser abgestellt, um das Arbeitskollektiv regelrecht auszuhungern.

Bei all dem handelt es sich nicht um Einzelfälle.

INTERVIEW MIT PAWEL LISJANSKIJ¹

Der Bürgerrechtler Pawel Lisjanskij kümmert sich um gewerkschaftliche Belange und humanitäre Hilfe in nahe an der Front gelegenen Städten auf von Kiew kontrolliertem Gebiet. Die Frontlinie kann er nicht überqueren: In den »Volksrepubliken« ist Gewerkschaftsarbeit unmöglich. Pawel Lisjanskij hat die »Östliche Menschenrechtsgruppe« ins Leben gerufen. Das Interview mit ihm führte das Webportal <http://www.nihilist.li/>.

Wir haben über zwei Arbeitskonflikte berichtet, über das Krankenhaus in Swetlodarsk, das sich in ein bürokratisches »schwarzes Loch« verwandelt hat, und das Einkaufszentrum in Sewerodonezk, dessen Angestellte in die Kündigung ohne Abfindung getrieben werden. Gibt es Neuigkeiten diesbezüglich? Von welchen Verstößen gegen die Arbeitsgesetzgebung in den vergangenen Monaten hast du noch erfahren?

Zum Krankenhaus: Die Regierung hat nicht auf das Arbeitskollektiv gehört, Löhne werden nicht ausbezahlt, es gibt weiterhin keine Finanzierung. Die Probleme sind die gleichen geblieben, jetzt kommt der Winter, es wird kalt, aber das medizinische Personal gibt nicht klein bei. Auf dem Plenum des Gewerkschaftskomitees wurde die Entscheidung getroffen, eine Protestaktion durchzuführen und einen Fußmarsch von der Frontlinie bis zur Gebietsverwaltung in Kramatorsk zu veranstalten. Diesem Prozess begleite und koordiniere ich als Menschenrechtler und Anwalt der Angestellten.

1 Originalversion siehe: <http://www.nihilist.li/2015/11/02/pavel-lisyanskij-ya-hochu-tratit-svoi-sily-i-e-nergiju-na-otstaivanie-i-zashhitu-prav-trudyashhihsya-a-ne-voevat-vnutri-profsoyuzny-h-struktur-neponyatno-za-cto/>.

Zu »Amstor«: Der Arbeitgeber hat seine Taktik verschärft und den Mitarbeitern den Gebrauch von Heizgeräten in den leerstehenden Räumen untersagt. Die Leute haben sich reihenweise krankschreiben lassen. Außerdem habe ich Telefandrohungen bekommen. Bei »Amstor« sieht die Lage weitaus schlechter aus, da im Kampf gegen einen dermaßen skrupellosen Arbeitgeber alle zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen. Ehrlich gesagt scheint mir, dass wir es zusammen mit dem Arbeitskollektiv nicht schaffen werden, die völlig unhaltbaren Zustände dort aufzubrechen.

Im Betrieb »Elektropribor« in der Stadt Priwolje wurde der Lohn nicht ausbezahlt, aber wir haben uns kräftig ins Zeug gelegt, und es gelang uns recht schnell, das Problem aus der Welt zu schaffen.

Überall in den ukrainischen Bergwerken gibt es massenhaft zielgerichtete Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Das Gleiche gilt auch für aus dem Staatshaushalt finanzierte Angestellte des öffentlichen Dienstes. Praktisch in jedem Unternehmen sind Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte Usus. In den Schulen der Stadt Swetlodarsk gab es keinen Lohn, aber wir konnten dem Abhilfe schaffen. Die Liste der Verstöße gegen das Arbeitsrecht ist lang und wächst rasant!

Wie steht es um dein Bergwerk in Lisitschansk²?

Die Situation dort ist mehr oder weniger kritisch. Zwar finden Lohnzahlungen statt, aber nur verzögert. Mit dem Verwaltungsapparat ist ein Dialogprozess im Gang, gleichzeitig gilt es die traditionellen Gewerkschaften zu bekämpfen, die in mir einen Konkurrenten sehen und die Arbeiter als eine Art Melkkühe missbrauchen, um mit ihnen einen Reibach zu machen. Gegen mich haben sie paradoxerweise eine aggressive Kampagne gestartet. Die einen Gewerkschafter machen die anderen fertig, ohne dabei die Rechte der Arbeiter im Blick zu behalten. Schließlich war ich gezwungen, meinen Posten im Bergwerk aufzugeben und als gewählter Vorsitzender unserer lokalen Basisgewerkschaft de facto ehrenamtlich weiterzuarbeiten. Nur auf diese Weise ist es mir gelungen, die Basisgewerkschaft vor Ort zu erhalten und so den Kampf für die Rechte der Arbeiter weiterzuführen. Ich setze mich für alle Arbeiter des Unternehmens ein, ohne sie nach der

2 Lisitschansk befand sich zeitweise unter Kontrolle der »Lugansker Volksrepublik«.

jeweiligen Gewerkschaftszugehörigkeit einzuteilen. Menschenrechtler handeln wie Ärzte und fragen nicht nach politischen Überzeugungen oder der Zugehörigkeit zu anderen Gewerkschaften.

Allerdings kann die alte ukrainische Gewerkschaftsgarde diesen Gedanken- gang nicht nachvollziehen, denn sie sind es gewohnt, an den Bergarbeitern zu verdienen. Ich weiß, wovon ich spreche: Ich habe in meinem Alter bereits in neun Bergwerken in unterschiedlichen Regionen des Donbass gearbeitet. Die alte Garde riecht nach Erde, sie haben längst vergessen, was es bedeutet einen Arbeitskampf zu führen, vielleicht haben sie es nie gewusst. Junge Nachzügler lassen sie nicht zum Zug kommen, unter »jung« verstehen sie ein Alter zwischen 50 bis 57 Jahre. Das sei der richtige Zeitpunkt eine Gewerkschaftsorganisation anzuführen. Man trifft aber auch auf normale Leute, die den Jüngeren unter die Arme greifen, aber leider sind sie nicht in der Lage, gegen das System vorzugehen.

Deshalb habe ich mich entschlossen, als Anwalt die Rechte von Arbeitern zu verteidigen. Schließlich verfügen sowohl die Mafia, also auch Großkonzerne und Oligarchen über Anwälte, also sollten auch Arbeiter einen haben. Ich will meine Kräfte und meine Energie aufwenden, um für den Schutz von Menschenrechten und die Rechte von Arbeitnehmern einzutreten, und nicht für den Kampf innerhalb gewerkschaftlicher Strukturen, ohne zu wissen wofür.

Erzähl ein wenig über den Fall mit der illegalen Entlassung eines Angestellten, der später als »Drogenabhängiger« abgestempelt worden ist. Wie hat sich die Situation weiterentwickelt? Wie verhielten sich seine Kollegen ihm gegenüber?

Sein Vorgesetzter konnte ihn einfach nicht leiden und hat einen Vorwand gesucht und gefunden: Er sei drogenabhängig. Anschließend setzte sich die ganze Maschinerie administrativer Willkür in Gang. Erst veranlasste die Personalabteilung die Kündigung, dann stürzten sich die für den Arbeitsschutz verantwortlichen Mitarbeiter wie Kettenhunde auf ihn. Doch der Vorgesetzte hat eines übersehen, nämlich die Mitgliedschaft des Gekündigten in unserer Gewerkschaft, und auf solche Willkürakte sind wir vorbereitet. Wenn nötig gehen wir ebenfalls willkürlich vor. Der gekündigte Arbeiter wurde wieder eingestellt. Nach eingehender Beratung haben wir ihn in einer anderen Grube des gleichen Betriebs eingesetzt, um ihn vor weiteren

Angriffen zu schützen. Jetzt sind wir dabei, den skrupellosen Vorgesetzten von seinem Posten zu entfernen.

Bei welchen Berufsgruppen im Donbass ist es um die Arbeitsrechte schlechter bestellt: bei den Angestellten im öffentlichen Dienst (Ärzte, Lehrer etc.) oder jenen, die im privaten Sektor beschäftigt sind? Wer ist leichter für Protestaktionen zu gewinnen und wer stärker motiviert? Gibt es Unterschiede in der Vorgehensweise?

Das ist unterschiedlich. In unmittelbarer Frontnähe herrschen in den staatlichen Betrieben unmögliche Zustände. Weiter von der Frontlinie entfernt legen private Firmen den Angestellten gegenüber Willkür an den Tag. Gerade lassen sich alle leicht mobilisieren, gegen deren Rechte verstoßen wird. Ihnen bleibt nichts anderes übrig. Alle finanziellen Rücklagen sind aufgebraucht, die Preise sind gestiegen, Löhne und Gehälter werden nicht ausbezahlt, der Krieg hat eine gleichgültige Einstellung zum Tod verstärkt, die Leute haben also nichts mehr zu verlieren. Sie müssen für den Lebensunterhalt ihrer Kinder sorgen, aber wofür? Das ist zur Zeit einer der Hauptfaktoren für die Mobilisierung. Arbeitgeber verhalten sich selber wie Drogenabhängige: Wenn sie merken, dass sie härter vorgehen können, dann tun sie das auch. Der besagte Vorgesetzte hat jedoch ein kleines Detail außer Acht gelassen, nämlich dass die Kerbe bricht, die erste Euphorie vorbeigeht, und wenn es anfängt, ihn zu schütteln, ist es schon zu spät.

Die Vorgehensweise ist immer die gleiche: Protestaktionen, Briefe, juristische Maßnahmen, Gewerkschaften etc. Aber die ukrainischen Arbeitnehmer sind in eine Falle geraten. Sie wurden auf verschiedene Gewerkschaften aufgeteilt, diese wiederum wurden gegeneinander aufgehetzt, Oligarchen und der Staat haben einige der Gewerkschaftsführer gekauft und sorgen bei Bedarf dafür, dass diese sich gegenseitig lahm legen. Über eine politische Vertretung verfügen die Arbeiter nicht, auch fehlt es ihnen an Lobbyvertretern, und ernstzunehmende Menschenrechtsorganisationen kümmern sich nicht um die Belange von Arbeitern, schließlich gibt es dafür keine nötigen Fördermittel. Letztlich kommen die Arbeiter in der Ukraine nun wie eine desorganisierte Truppe Fahnenflüchtiger daher, die hin und her rennt, ohne zu wissen, was sie tun soll.

Inwiefern hat sich die Einhaltung der Arbeitsrechte aufgrund der Kampfhandlungen verschlechtert? Sind seit dem Waffenstillstand bestimmte Verbesserungen zu erkennen?

Meine Antwort fällt kurz und knapp aus: nein. Nichts hat sich verändert, die Lage ist nach wie vor extrem schwierig.

Sag ein paar Worte zu dir, zur »Östlichen Menschenrechtsgruppe« und euren taktischen Zielen in absehbarer Zukunft. Danke!

Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie, ich bin Bergarbeiter in der vierten Generation. Mit 19 Jahren habe ich meinen Vater verloren, der in meinem Leben eine zentrale Leitfigur darstellte. Von diesem Schicksalsschlag habe ich mich nur schwer erholt. Nach seinem Tod wurde ich in dem Betrieb, in dem wir gemeinsam gearbeitet haben, gemobbt, um mich für meinen Vater »bezahlen« zu lassen. Mein Vater war erwiesenermaßen ein echter Arbeiterführer in Anthrazit³. Er hatte, so wie ich heute, viele Feinde. Damals habe ich begriffen, dass sich in diesem Leben niemals andere für mich einsetzen werden, was bei mir zu einem moralischen Umdenken geführt hat. Ich habe selbst angefangen für meine Rechte zu kämpfen und jene zu unterstützen, die sich in einer ähnlich angreifbaren Lage befanden wie ich.

Später kam dann meine gewerkschaftliche Tätigkeit in der Universität und im Betrieb hinzu. Mit eigenen Augen habe ich die Missstände im ukrainischen Gewerkschaftswesen gesehen, das der Arbeiterbewegung in der Ukraine keine Mechanismen zur Verteidigung ihrer Rechte bietet. Ich war von einem der Anführer der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung (seinen Namen werde ich nicht nennen) stark enttäuscht und verspürte einen enormen Drang, die Rechte der Bevölkerung im Kampfgebiet durchzusetzen. So kam 2014 in der traurig bekannten Stadt Debaltsewe die »Östliche Menschenrechtsgruppe« zustande. Gegründet haben sie Umsiedler und Flüchtlinge, die sich an der Frontlinie für die Rechte der Menschen dort eingesetzt und gegen die Ungerechtigkeiten unter Kriegsbedingungen gekämpft haben. Das würde einen eigenen Artikel verdienen.

3 Die Stadt befindet sich unter Kontrolle der »Lugansker Volksrepublik«.

DIE UKRAINISCHE EXTREME RECHTE – EINE ÜBERSICHT MIT AUSBLICK

In den vergangenen Jahren erlangte die ukrainische extreme Rechte weltweit mediale Aufmerksamkeit. Die Ereignisse auf dem Maidan und der sich daran anschließende Krieg im Osten der Ukraine verschafften ihr Zugang auf die Titelseiten. Dem leistete auch die Putinsche Propaganda Vorschub, in dem sie zur Abschreckung der Anhänger politischer Veränderungen die ukrainischen Rechtsradikalen zu monströser Größe aufbauschte. Gleichzeitig erhielt die extreme Rechte in der Ukraine über ihre politische Parteienvertretung bei Parlaments- und Kommunalwahlen recht geringen Zuspruch. Was also hat man sich unter ihr vorzustellen? Stellt die extreme Rechte eine Bedrohung für die ganze Welt dar? Ist sie eine Art »Islamischer Staat« auf regionaler Ebene oder doch nur ein für Europa typisches Phänomen, das zudem im Vergleich zur Mehrzahl der europäischen Länder prozentual gesehen weniger stark präsent ist? Verschaffen wir uns einfach einen Überblick über die politischen Kräfte der ukrainischen extremen Rechten, ihren Auf- und Abstieg und ihrem politischen Einfluss auf die Politik in der Ukraine.

Den Anfang in unserer Übersicht macht die Allukrainische Vereinigung Swoboda, eine der ältesten ukrainischen rechtsextremen Parteien. Unter der Bezeichnung Sozial-nationale Partei der Ukraine entstand sie in den 1990er Jahren auf der Basis bestehender paramilitärischer Strukturen und radikaler Jugendgruppen. Lange Zeit kam sie über eine regionale Bedeutung nicht hinaus und verfügte lediglich über Mandate in den lokalen politischen Räten Galiziens. Mit der orangenen Revolution änderte sich alles.

Damals nahm sich der einzige Parlamentsabgeordnete der Partei vor, die zu dem Zeitpunkt völlig vereinzelt nationalistischen Kräfte zu vereinen. Viktor Juschtschenko¹, der als eine Art Messias daherkam und dessen Machtaufstieg zum Präsidenten viele als Durchbruch werteten, löste im nationalistischen Lager zunehmend Enttäuschung aus. Davon profitierte Oleh Tjahnybok², dem es gelang, mit dem Rückhalt und den Ressourcen seitens einer Reihe ukrainischer Oligarchen das nationalistische Vakuum zu füllen. Mehr noch, er schaffte es sogar auf das Terrain der liberal eingestellten Nationalisten vorzudringen, der zu dem Zeitpunkt gespaltenen und geschwächten sogenannten Nationaldemokraten. Swoboda mutierte zu einer Art Holding, die sich an einem breiten Publikum orientierte: von Fußballhooligans bis hin zur nationaldemokratisch gesinnten Intelligenz. Ihr recht professioneller Umgang mit Medien und ihre aktive Einmischung in soziale Konflikte zeigten bald Erfolg. Im Jahr 2006, als die Partei den Sieg bei den Regionalwahlen in Ternopil davontrug, indem sie die Partei der Premierministerin Julia Timoschenko in die Schranken wies, erfolgte schließlich der Durchbruch. Bereits nach den Wahlen von 2012 zog Swoboda mit einer ganzen Fraktion ins Parlament ein. Auf dem Maidan spielte sie eine aktive Rolle und Igor Kriwetskij, ihr im Hintergrund agierender Anführer und Financier, der in der Vergangenheit als kriminelle Autorität mit dem Spitznamen »Pups« bekannt war, rühmte sich im Weiteren damit, dass die Bühne auf dem Maidan und so manch andere Ausgaben aus seiner Tasche bezahlt worden waren. Nach der Flucht von Janukowitsch³ erhielt Swoboda eine Reihe Ministerposten und das Amt des Generalstaatsanwalts, doch gelang es ihr in Folge nicht ihren Erfolg zu zementieren. Bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2014 scheiterte sie an der Fünfprozenthürde, Minister, Staatsanwalt und eine Reihe führender regionaler Politiker waren gezwungen ihre Ämter abzugeben. Im Verband der Truppen des Innenministeriums formierte die Partei ein eigenes Bataillon unter der Bezeichnung »Januar«. Im Sommer 2015 sorgten Swoboda-Anhänger bei einer Protestaktion gegen eine im Rahmen des Minsker Abkommens vorgesehene Verfassungsänderung für gewalttätige Ausschreitungen. Einer der Anwesenden

1 Ukrainischer Präsident von 2005 bis 2010.

2 Tjahnybok ist seit 2004 Vorsitzender der Partei »Swoboda«.

3 Janukowitsch verließ die Ukraine im Februar 2014 und hält sich seither in Russland auf.

zielte mit einer Granate auf eine Gruppe Polizisten, wobei vier Angehörige der Nationalgarde ums Leben kamen. Daraufhin erfolgten Festnahmen sowohl von Swoboda-Aktivisten als auch führender Kader, was wiederum in der Öffentlichkeit eine negative Haltung gegenüber der Partei erzeugte. Allerdings gelang es ihr bei den Regionalwahlen vom 25. Oktober 2015 Verluste teils wieder wettzumachen, indem sie sich als Opfer politischer Repressionen inszenierte. Außerdem profitierte sie von der zunehmenden Enttäuschung der Bevölkerung hinsichtlich der politischen Verhältnisse im Land. De facto versammelte Swoboda hinter sich weitestgehend jene Teile der Opposition, die sowohl den derzeitigen Machthabern, als auch den im Oppositions-Block vereinten Vertretern des vormaligen Janukowitsch-Regimes gegenüber skeptisch eingestellt sind.

»Rechter Sektor« entstand während des Maidan als Sammelbecken diverser Versager aus dem nationalistischen Spektrum. Die bis dahin nur als Randerscheinung bekannten paramilitärischen Organisationen »Tryzub Stepan Bandera«⁴, UNA-UNSO⁵, »Belyj molot«⁶, »Sozial-nationale Versammlung«⁷, »Patriot der Ukraine«⁸, auf den Straßen präsente Neonazis und Fußballhooligans konkurrierten miteinander, gelegentlich standen sie sich sogar feindlich gegenüber. Als organisationsübergreifender Zusammenhang stand Rechter Sektor für Gewaltanwendung und eine Radikalisierung des Protests. Durch die allgemeine Enttäuschung auf dem Maidan angesichts des hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Verhandlungsprozesses, für den die Oppositionsführer einschließlich Vertreter der Swoboda verantwortlich zeichneten, sah sich Rechter Sektor zum Handeln aufgefordert. Dessen Anhänger taten das, womit sie sich am besten auskannten: Gewaltaktionen und Konfrontation mit der Polizei. Damit eroberten sie die Medien als radikalste Fraktion des Maidan. Ihrerseits sorgten

4 »Dreizack Stepan Bandera«.

5 Die rechtsradikale Partei UNA-UNSO bestand zwischen 1990 und 2014, als sie geschlossen der Partei Rechter Sektor beitrug. Im Sommer 2015 registrierte sie sich wieder als eigenständige Partei.

6 »Weißer Hammer«.

7 Politische Neonaziorganisation, zu deren Struktur auch »Patriot der Ukraine« gehört.

8 Paramilitärische Neonazigruppierung, eine Art Kampfableger der »Sozial-nationalen Versammlung«.

die Gegner des Maidan, die Vertreter des Janukowitsch-Regimes und die Putinsche Propaganda für den Aufstieg von Rechter Sektor zu Superstars, wobei es bereits zum Ende des Maidans hin innerhalb von Rechter Sektor heftige Auseinandersetzungen um Macht und Ressourcen gab. Damals schlossen sich ihm etliche kriminelle Elemente an und so nimmt es kaum Wunder, dass sich einzelne seiner Unterabteilungen durch Schutzgelderpressung bereicherten. Als die Unruhen auf der Krim und später im Donbass einsetzten, hielt sich Rechter Sektor auffallend zurück, denn er war zu dem Zeitpunkt damit beschäftigt, eine Parteistruktur aufzubauen, seine Teilnahme an Wahlen vorzubereiten und betrieb außerdem kriminelle Geschäfte. Als paramilitärische Vereinigung trat er erst dann in Erscheinung, als nationalistische Jugendliche, auf den Straßen präsente Neonazis und Fußballhooligans — also die Basis der Kampfeinheiten, die politischen Hinterbänklern schließlich zum Aufstieg verholfen haben — der »Sozialnationalen Versammlung« beigetreten sind. Deren Anführer Andrej Biletskij machte sich sofort nach seiner Freilassung im Februar 2014⁹ an die Umsetzung seiner nationalistischen Vorhaben unter den neuen politischen Voraussetzungen im Land.

Damit kommen wir zum Bataillon »Asow«. Angefangen hat dessen Geschichte als sogenannte »schwarze Männchen« analog zu den russischen Sondereinheiten in Militäruniform, aber ohne Hoheitsabzeichen, die im März 2014 als »grüne Männchen« die Krim erobert hatten. Die »schwarzen Männchen« beteiligten sich aktiv an den bewaffneten Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine gegen prorussische Kräfte. Sie nahmen auch an einer Reihe blutiger Zusammenstöße in Charkow und Mariupol teil. Letztendlich wurden sie als »Regiment Asow« in die Strukturen des Innenministeriums integriert. Im Unterschied zu Rechter Sektor, der sich leicht verlegen von einer inhaltlichen Nähe zum Neonazi-Spektrum distanzierte, lockte Asow von Anfang an junge Neonazis, Boneheads und Fußballhooligans an, auch von außerhalb der Ukraine. Äußerlich fällt das Asow-Bataillon durch einen von NS-Ideologie gekennzeichneten Dresscode auf, als Abzeichen werden die hakenkreuzähn-

9 Zwischen 2011 und 2013 befanden sich einige Kader der später in Rechter Sektor vereinigten Organisationen entweder in Untersuchungshaft oder wurden zu Haftstrafen verurteilt. Im Februar 2014 stimmten Abgeordnete der ukrainischen Rada mehrheitlich für die Freilassung einer Reihe »politischer Gefangener«, zu denen auch Biletskij zählte.

liche Wolfsangel (vormals das Symbol der Swoboda-Partei), eine schwarze Sonne und auch die Bezeichnung »schwarzer Korpus« genutzt. Unterstützung erhält Asow auch von Innenminister Arsen Awakow, dem das Bataillon als eine Art Leibgarde zur Seite steht. Dessen Anführer Biletskij schaffte bei den Parlamentswahlen den Sprung als Abgeordneter in die Rada¹⁰, was unweigerlich zur Stärkung seines Status beitrug. Technisch und personell ist Asow gut aufgestellt, obwohl sich US-amerikanische Spezialisten gewei- gert hatten, dessen Angehörige auszubilden, denn der amerikanische Kon- gress hatte Asow als Neonazi-Organisation eingestuft. Tatsächlich zieht das Bataillon Neonazis aus der ganzen Welt an. Außerdem ist Asow an der Front mit einer ganzen Reihe von Kampfeinheiten vertreten, die ihm zusätzliches politisches Gewicht verleihen, deren Namen »Bürgercorps«, »Reconquista« und »Gesunde Nation« lauten. Einfluss übt Asow und dessen Führung auf die Neonazi-Gruppierung »Misanthropic Division«¹¹ auf.

Unter den kleineren, aber überaus aktiven Organisationen ist das Netz- werk »S-14« erwähnenswert. Dessen Vorgehensweise orientiert sich an lin- ken Taktiken, darunter auch der Teilnahme an sozialen Kämpfen und am Widerstand gegen die bauliche Verdichtung in Wohnvierteln, wodurch es ihr gelang, in den eigenen Reihen Vertreter diverser nationalistischer Jugend- organisationen zu versammeln, denen diese nicht radikal genug erschienen oder ihren Ansprüchen nicht genügten. S-14 mischte sich in von Linken initiierte Aktionen zu sozialen Themen ein, was zu Konflikten und Zusam- menstößen führte. In Folge entwickelte sich S-14 zu einer aktiv agierenden Anti-Antifa-Struktur, die Angehörige antifaschistischer Subkulturen und linke Aktivisten systematisch gewalttätig angriffen. Auf diese Übergriffe ist de facto zurückzuführen, dass die linke Studierendengewerkschaft »Direkte Aktion« ihre Aktivitäten weitgehend einstellte. Auf dem Maidan agierte S-14¹² im Verband der Swjatoslaw-Hundertschaft von Swoboda, die dafür

10 Das ukrainische Parlament.

11 Misanthropic Division existiert nicht nur in der Ukraine, wo sie sich auf der Kiewer Seite an den Kämpfen im Donbass beteiligt, sondern auch in anderen Ländern, darunter Deutschland und die Schweiz.

12 S-14 ist eines der Projekte der Swoboda, die der Partei durch ihre aktive Teilnahme an sozialen Protesten landesweit neue Anhänger verschaffte. Während der blutigen Auseinandersetzungen auf dem Maidan im Februar 2014 hielt sich S-14 zurück und hatte kein einziges Opfer zu

sorgte, dass der Versuch scheiterte, eine Hundertschaft aus antifaschistischen und anarchistischen Jugendlichen aufzubauen. Nachdem Swoboda, zu deren Mitgliedern auch S-14-Angehörige zählten, diese aus der Partei verbannte wegen eines internen Konfliktes um die Teilnahme ihres radikalen Ablegers an Bauprotesten, die Swoboda durch Absprachen mit dem Bauunternehmen beizulegen gedachte, näherte sich S-14 an Rechter Sektor an. Gemeinsam organisierten sie einen Übergriff auf eine anarchistische 1. Mai- und eine LGBT-Demonstration, an der sich auch Menschenrechtsgruppen beteiligten. Dabei wurden einige Polizisten verletzt. Kurze Zeit später wurde der prorussische Journalist Oles Buzina ermordet. Die Strafverfolgungsbehörden verdächtigen S-14-Aktivistinnen, den Mord begangen zu haben, wobei sie sich auf DNA-Analysen stützen. Daraufhin gingen die Aktivitäten von S-14 spürbar zurück und deren Anstrengungen richteten sich seither in erster Linie auf die Unterstützung von Gefangenen aus ihren Reihen.

Aus der Menge zahlenmäßig kleinerer Zusammenhänge sticht das Bataillon »OUN«¹³ hervor, das versucht, sich auch politisch zu betätigen. Außerdem lohnt die Erwähnung der Partei »Bratstwo« unter der Leitung des ehemaligen Anführers der UNA-UNSO, dem exzentrischen Politiker Dmitrij Kortschinskij. Wie andere Parteien auch unterhält sie ein eigenes Bataillon und die Zusammenarbeit mit der populistischen »Radikalen Partei« von Oleh Ljaschko brachte Bratstwo einige Sitze im Parlament ein. Sie kooperiert überdies auch mit der kleinen, aber recht aktiven Jugendorganisation »Revanche«, die sich durch ihre Teilnahme an Straßenunruhen und Übergriffen auf Polizisten am 14. Oktober 2014 und Brandstiftungen in Läden des Süßwarenherstellers Roshen — die Firma gehört dem ukrainischen Präsidenten — hervorgetan hatte. Sie selbst positionieren sich für ausgeprägte Neonazis wenig traditionell als Faschisten nach italienischem Vorbild.

verzeichnen, was infolge zu einem Popularitätsverlust führte. S-14-Anhänger nehmen an den Kämpfen im Donbass teil, die Organisation unterhält aber kein eigenes Bataillon.

13 »Organisation ukrainischer Nationalisten«. Die »OUN« wurde 1929 als politische Organisation gegründet. Um die Unabhängigkeit der Ukraine zu erreichen, kooperierte sie nach Beginn des 2. Weltkriegs mit der deutschen Wehrmacht.

Desweiteren existiert noch eine Reihe von Organisationen, die eine nationalistische Grundhaltung mit anderen theoretischen und praktischen Ansätzen zu verbinden versuchen. Deren Initiatoren stammen aus dem linken oder antifaschistischen Spektrum, besitzen aber einen zwiespältigen Hintergrund. Eindeutig zeichnen sie sich durch Nationalismus, ihre Ablehnung emanzipatorischer Theorien und Praktiken, Sexismus und Homophobie, Fetischisierung von Gewalt und Militarismus aus. Ihre Eigenbezeichnungen lauten »Schwarzes Komitee«, »Sturmkomitee«, »Syndikat«, »Autonomer Widerstand«, zu ihnen zählen »antifaschistische« Fußballhooligans vom Kiewer Club Arsenal und ihr Projekt »Schwarze Garde« und die »Antiimperialistische Aktion«. Es handelt sich also um eine Art National-Anarchisten und Nationalisten, die sich linker und antifaschistischer Rhetorik und subkultureller Codes bedienen.

Ausblick

Dank ihrer radikalen Haltung und der ausgeprägten Welle an Unmut in der ukrainischen Bevölkerung gelang es der extremen Rechten zunächst, Einfluss auf dem Maidan zu gewinnen und später der Gesellschaft einen nationalistischen Grundkonsens aufzudrücken, der durch den anschließenden Krieg und die aktive Beteiligung rechtsradikaler Kämpfer weiter geschürt wurde. Dieser Umstand führte dazu, dass in bestimmten Teilen der Gesellschaft Rechtsradikale als Helden und Beschützer einen besonderen Freibrief genießen. Vormalige Außenseiter läuterten sich zu respektierten Politikern, wobei das von einer Nomenklatura getragene neopatrimoniale Regime¹⁴ keinesfalls zu existieren aufhörte. Es einigte sich auf eine nationalistisch geprägte kulturelle Hegemonie, deren praktische Auswirkung die Integration eines Teils der ukrainischen Nationalisten in Staats- und Parteistrukturen darstellt, bei gleichzeitiger Wiederherstellung der alten Ordnung. Ihrerseits reihen sich die Nationalisten in den Zug jener politischen Vertreter des neuen-alten Systems ein, das sie in jeglicher Hinsicht unterstützt und finanziert. So kommt es vor, wie im Fall von Rechter Sektor und Arow, dass sich einst miteinander verbundene Strukturen nicht unbedingt

¹⁴ Als Nomenklatura werden Führungspositionen und Eliten in sozialistischen Ländern bezeichnet. Der Begriff neopatrimonial bezeichnet einen von Klientelpolitik geprägten Herrschaftstyp zwischen Autokratie und Demokratie.

auf einer Seite der Barrikaden wiederfinden, da sie sich an unterschiedlichen Oligarchen und politischen Kräften orientieren.

Vor diesem Hintergrund macht sich bei den gemeinen Nationalisten eine panikartige Stimmungsmache bemerkbar, die auf eine vermeintliche historische Chance für eine »nationale Revolution« verweist. Darauf baut der neuentstandene nationalistische Terrorismus auf, den der Staat mit repressiven Maßnahmen zu unterbinden versucht, was die Nationalisten wiederum veranlasst, von Verrat und politischer Verfolgung zu schreien. All diese Prozesse versprechen nichts Gutes. Einerseits wird sich die Rechte weiter radikalisieren, die über Waffen verfügt und in deren Reihen die Bereitschaft ausgeprägt ist, Terror als taktisches Mittel einzusetzen. Auseinandersetzungen zwischen Oligarchen dürften folglich unter Beteiligung ihnen loyal gesinnter Extremisten stattfinden. Andererseits treiben mangelnde Reformen, die Verschlechterung der Lebensumstände und eine lasche Korruptionsbekämpfung die Menschen in die Arme der finstersten politischen Kräfte mit ihren gefährlichen Vorhaben. Der Staat seinerseits wird zu härteren Maßnahmen greifen. Bislang unternimmt er nur vorsichtige Schritte in diese Richtung, aber das ist erst der Anfang. Von Ruhe kann man in der Ukraine nur träumen. In absehbarer Zeit bleibt sie eine Region, in der Instabilität und Unsicherheit herrschen.

Oleg Schelenko, Antifaschist und Experte
für Rechtsextremismus aus Kiew

»ANTIFASCHISTISCHER« NATIONALISMUS IM DONBASS

Bis zu einem gewissen Zeitpunkt setzte sich die extreme Reche im Donbass hauptsächlich aus Angehörigen diverser Subkulturen zusammen: Nazi-Skinheads, Fußballhooligans oder zahlenmäßig unbedeutende Ableger ukrainischer oder russischer nationalistischer Gruppierungen. Jene Organisationen, auf die sich das heutige Regime in Donezk und die konservative Revolution mit separatistischem Einschlag unter dem Label »Russischer Frühling« stützen, entstanden erst später, nämlich während der »Orangenen Revolution« in Kiew.

Als Antwort auf den Kiewer Maidan von 2004, de facto unmittelbar nach dessen Sieg und der Festlegung eines zweiten Wahldurchgangs, formierte sich auch in Donezk ein Maidan. Damals tauchten auf Betreiben der nur bedingt relevanten »Progressiven sozialistischen Partei der Ukraine« (PSPU) von Natalja Witrenko im Stadtzentrum mehrere Zelte auf. In dem Zusammenhang trat der heutige Sprecher des »Volksrates der DNR¹« Andrej Purgin erstmals in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Die Initiativgruppe, die im Namen des Zeltlagers agierte, nannte sich »Streikkomitee 'Für den Sieg gemeinsam mit Janukowitsch'«. Viktor Janukowitsch² verlor bei den Präsidentschaftswahlen gegen seinen Rivalen Viktor Juschtschenko und daraufhin wurden eine Reihe virtueller Projekte ins Leben gerufen, die separatistische Tendenzen für Außenstehende sichtbar machen sollten. Genauer gesagt handelt es sich dabei um den »Bund geborener Revolutio-

1 DNR steht für »Donezker Volksrepublik«.

2 Janukowitsch stammt selbst aus dem Donezker Gebiet.

näre«, die »Bewegung der Wachsam« (wobei ihre Eigenbezeichnung auf der ukrainischen und nicht der russischen Version aufbaute) und selbstverständlich die »Donezker Republik«. Sie alle entstanden mit finanziellen Mitteln der »Regionalen«³, um Kiew unter Druck zu setzen. Ihr Anführer war der inzwischen verstorbene Alexander Zurkan, einem Mitarbeiter des Stabs der »Partei der Regionen«, allerdings existierte die »Donezker Republik« mehr oder weniger nur auf dem Papier. Letztendlich fanden diese Initiativen bei Juschtschenko Gehör, der seine Widersacher mehr oder weniger in Ruhe ließ und Janukowitsch am Ende sogar dabei behilflich war, den ersehnten Posten doch noch zu erringen. Die »Donezker Republik« beteiligte sich mehrmals an Großkundgebungen zusammen mit der PSPU und den Kommunisten. 2007 erfolgte ein gerichtliches Verbot der »Donezker Republik« wegen staatsgefährdender Aktivitäten, was allerdings bei niemandem Empörung auslöste.

Lange Zeit war die »Donezker Republik« lediglich in Journalistenkreisen und bei Angehörigen diverser, als Randphänomen existierender neofaschistischer Bewegungen im Donezker Gebiet bekannt. Purgin bestätigte später in einem Interview, dass sich die Aktivisten der »Donezker Republik« aus Rechtsradikalen und rot-braunen Nationalbolschewisten⁴ zusammensetzten. Eine inhaltliche Auswertung ihrer Veröffentlichungen weist sie als gewöhnliche prorussische Neonazis mit gewissem subkulturellen Hintergrund aus. Dort finden sich zuhauf amüsante Fotos von früheren Auftritten dieser Organisation. Auf ihren Aktionen verwendete sie die imperiale Flagge Russlands⁵, Ikonen, Devisen wie »Ein russischer Staat für den russischen Donbass« sowie Bilder mit Aufschriften wie »Trauer für die Opfer des Zionismus«. Demnach handelt es nicht nicht bloß um eine prorussische Organisation, sondern eine imperial-nationalistische und rechtsextreme. Hinzu kommt, dass der Begriff »Republik« wie er damals in der russischen Neonaziszene diskutiert wurde, im Kontext von ethnischem und rassischem Separatismus stand, es demnach eigentlich um eine rein »russische Republik« ging.

3 Gemeint ist die »Partei der Regionen« von Viktor Janukowitsch.

4 Anhänger von Eduard Limonow und seiner »Nationalbolschewistischen Partei«.

5 Sie enthält die Farben Schwarz, Gelb und Weiß und findet vor allem in russisch-nationalistischen und monarchistischen Kreisen Verwendung.

Letztmalig fand die »Donezker Republik« vor dem Maidan 2013/2014 Anfang 2009 Erwähnung. Damals veranstaltete sie eine Kundgebung mit zehn Teilnehmern, auf der sie von einem Computer ausgedruckte Flugblätter mit einer »Deklaration über die Souveränität der Donezker Föderativen (!) Republik« verteilten. Dieses Kunstwerk bestand im Ganzen aus Stilblüthen wie »demokratischer Russismus als ganzheitliche Ideologie des Superethnos der Rusen⁶« und schloss auch das Chersoner Gebiet in die Zugehörigkeit zur Donezker Republik ein. Nach den Wahlen von 2010 entfiel aus verständlichen Gründen die Notwendigkeit eine derartige Clownerie zu veranstalten und die »Donezker Republik« geriet schließlich in Vergessenheit.

Purgin und eine Reihe weiterer Anhänger der »Donezker Republik« brachten sich außerdem in den »Eurasischen Jugendbund« (EMS) des russischen Neofaschisten Alexander Dugin⁷ ein. Sie gründeten und leiteten den Regionalabteiler des EMS in Donezk. Nach der »Orangen Revolution« sah sich der russische Präsident Wladimir Putin mit der Furcht vor einer etwaig aufkeimenden Revolution in Russland konfrontiert, und der Staat begann mit der gezielten Förderung antiwestlicher und gegenrevolutionärer Kampagnen. Exakt zu diesem Zeitpunkt wurden jene Kontakte geknüpft und sich jenes Wissen in Trainingslagern der ESM angeeignet, die später während der konservativen Revolution im Donbass 2014 zum Einsatz kamen. Heute leitet Andrej Purgin die Bewegung »Donezker Republik« und war bis September 2015 gleichzeitig Sprecher des »Parlaments der Donezker Volksrepublik«, deren offizielle Flagge gleichzeitig auch das Symbol von Purgins Bewegung ist, die zwei Drittel der Parlamentssitze inne hat und damit die regierende Partei stellt. Purgin ist für seine eigenwilligen Auffassungen bekannt, was ihm einen Gefängnisaufenthalt in der »Volksrepublik« bescherte, der allerdings nur wenige Tage andauerte, was auf einflussreiche Gönner in Moskau schließen lässt. Aufgefallen ist die Bewegung »Donezker Republik« außerdem in Verbindung mit dem Gerichtsprozess gegen den

6 Gemeint sind hier nicht die Russen, sondern die Rusen, also jene Ethnie oder Gruppe, aus denen sich der erste Staat der Ostslawen herausbildete, die Kiewer Rus.

7 Dugin tritt für die Gründung einer eurasischen Supermacht unter russischer Vormachtstellung ein. In den 1990er Jahren war er einer der Ideologen der Nationalbolschewisten Partei und gilt in der russischen Politik als einflussreicher Ideengeber.

Moskauer Neonazi Ilja Gorjatschew⁸. Als Angeklagter sagte er vor Gericht aus, dass Aktivisten der Bewegung »Donezker Republik« mehrmals zu ihm nach Serbien gereist seien und in der ersten Jahreshälfte 2013 habe er beabsichtigt, sie in der Ukraine zu besuchen:

»Wir haben gemeinsam mit einer Gruppe Moskauer Politiker ein Projekt über die Schaffung einer alternativen russischen Identität in der Ukraine diskutiert. Gemeint ist eine lokale Identität, angepasst an die konkreten Verhältnisse und nicht auf Moskau ausgerichtet. Eigentlich sollte ich nach Kiew fahren, aber ...« Doch im Frühjahr 2013 wurde Gorjatschew verhaftet.

Die Organisation »Russkij obras Donbassa« wird vom Nazi-Skinhead Alex de Krog angeführt, mit bürgerlichem Namen Alexander Matjuschin aus Makejewka. Dabei handelt es sich um eine Regionalvertretung der russischen Neonaziorganisation »Russkij obras«⁹. Ihr Anführer Ilja Gorjatschew wurde vor nicht allzu langer Zeit in Russland wegen des Aufbaus der »Kampforganisation russischer Nationalisten« zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Bereits zuvor erfolgte die Verurteilung seines langjährigen Freundes Nikita Tichonow und dessen Lebensgefährtin Jewgenija Chasis zu einer lebenslänglichen bzw. 18jährigen Freiheitsstrafe wegen Mordes am Anwalt Stanislaw Markelow und an der Journalistin Anastasija Baburowa. Matjuschin engagierte sich vormals in der rot-braunen Nationalboltschewisten Partei, leitete deren Donezker Lokalvertretung, trat als Veranstalter nationalistischer »Russischer Märsche« in Donezk in Erscheinung, gehörte zu den Gründungsmitgliedern und aktiven Kadern der »Donezker Republik« und ihres paramilitärischen Ablegers, der Neonazigruppierung »Waräger Crew«¹⁰. »Ende vergangenen Jahres bildete sich aus den Reihen der 'Donezker Republik' ein Kampf Flügel bestehend aus rechtsradikalen Jugendlichen mit der Bezeichnung 'Waräger Crew' heraus, der eine beson-

8 Ilja Gorjatschew war der intellektuelle Kopf und einer der Gründer der »Kampforganisation russischer Nationalisten«, kurz BORN. Mitglieder von BORN wurden zu hohen Haftstrafen bis hin zu lebenslänglich verurteilt. BORN hatte sich wegen Mordes am Anwalt Stanislaw Markelow und an der Journalistin Anastasia Baburowa, einer Reihe von Antifaschisten und Menschen nicht-russischer Abstammung zu verantworten.

9 »Russkij obras« wurde von Ilja Gorjatschew gegründet mit dem Ziel, die Organisation perspektivisch in eine Partei umzuwandeln.

10 Als Waräger werden aus Skandinavien stammende Händler und Krieger bezeichnet, die bis in den Süden Russlands vorgedrungen sind.

dere Rolle im 'Russischen Frühling' gespielt hat«, erzählte Matjuschin in einem Interview¹¹. Seine ideologischen Ansichten hält er nicht zurück; er bezeichnet sie als »religiös-orthodoxen Faschismus«. In vielen Interviews brüstet er sich damit, dass seine Kämpfer in den vordersten Reihen bei der Stürmung von Verwaltungsgebäuden mitgemischt und sich an den ersten Kämpfen gegen die ukrainischen Streitkräfte beteiligt hätten.

Patriotische Nationale Partei (PNP)

Die »Patriotische Nationale Partei« ist keine Partei im eigentlichen Sinn, denn sie war nie als solche offiziell registriert. Solche Strukturen weisen nichts als einen Namen vor. Diese Vereinigung ist in in der Ukraine völlig unbekannt und existierte Mitte der 2000er Jahre lediglich in Donezk. Trotz ihrer rein virtuellen Existenz erreichte diese »Partei« in Donezk einen größeren Bekanntheitsgrad als so manche offizielle politische Vereinigung. Noch vor einigen Jahren waren alle Zäune und Hofeinfahrten in der Stadt voll von blutrünstigen Aufschriften wie »Inflation ist der Tod der Nation«, »Demokratie ist böse«, »Hau den Kanaken auf's Maul«, »Die USA sind das Allerletzte«, unter denen immer die Unterschrift »PNP« stand. Letztlich sorgte eine Gruppe von Skinheads damit für Eigenwerbung. Ihr Anführer war ein gewisser Alexander Panko, der in einem Video die Parteitätigkeit folgendermaßen beschrieb: »Im Donbass organisieren wir nächtliche Aktionen wie Schlägereien mit Leuten aus dem Kaukasus, Arabern oder Schlägereien mit Vertretern des weltweit agierenden Zionismus ...«¹² Einige Mitglieder der PNP wurden infolge zu Haftstrafen verurteilt.

Die bekannteste Aktion der PNP fand in der Nähe des Donezker Flughafens im Jahr 2006 statt und richtete sich gegen die Anführer der längst von der Bildfläche verschwundenen Partei »Pora«. Damals fanden sich etwa zwanzig mit Flaggen und Plakaten bewaffnete Neonazis ein. Im Übrigen ist diese Aktion nicht das Verdienst der PNP, da sie nicht auf deren Initiative erfolgte und jene Skinheads gegen Bezahlung angeheuert wurden.

11 Das Interview erschien auf der rechtsradikalen Webseite <http://www.rusklich.com>, die nicht mehr zugänglich ist. Verweise darauf finden sich im Netz zuhauf, u.a. Hier: http://cripo.com.ua/?sect_id=10&aid=188630.

12 <http://frankensstein.livejournal.com/124212.html>.

Inzwischen ist von Alexander Panko nichts mehr zu hören. Er hat sich bislang keiner lokalen russischen Bewegung angeschlossen, und von seiner eigenen Gruppe zeugen nur noch alte Wandaufschriften. Es ist durchaus möglich, dass die PNP lediglich den Versuch eines der lokalen Vertreter der »Partei der Regionen« darstellte, so etwas wie die Bewegung »Naschi«¹³ aufzubauen, der jedoch ins Leere ging.

Der »Russische Block« und die »Donbasser Rus«

Die Geschichte des »Russischen Blocks« in Donezk ist durch und durch skandalös. Bis vor Kurzem ist diese Partei hier durch keinerlei Aktivitäten aufgefallen und kam eher als Dekoration daher denn als reale politische Kraft. Zwischen 2002 und 2010 wurde sie von Wladimir Filatow geleitet, einem stillen Dozenten der russischen Sprache in der Donezker Nationaluniversität. Vermutlich ohne deren Einwilligung machte er seine Studenten zu Mitgliedern des »Russischen Blocks«, weshalb die Partei auf dem Papier als echte Größe daher kam, tatsächlich jedoch nur eine Art Luftgebilde darstellte. Im Sommer 2010 vollzog der Block dann plötzlich einen »Sprung nach oben«.

Dafür sorgte Natalja Belozerkowskaja, Eigentümerin einer Wirtschaftsprüferfirma aus Schachtjorsk, Chefin eines Vereins mit dem absurden Namen »Donbasser Rus« und ehemalige Abgeordnete des Gebietsparlaments vom »Block Witrenko«. Vor den damals anstehenden Wahlen fiel Belozerkowskaja eine von niemandem genutzte Partei auf, die im Gebiet über ein gewisses positives Image verfügte. Belozerkowskaja nahm Kontakt zum damaligen Parteichef des »Russischen Blocks« Gennadij Basow auf und erhielt von ihm die Zusage, die Parteiführung in Donezk zu übernehmen. Mit im Spiel war auch Sergej Buntowskij, ein anderer Parteiführer des Donezker »Russischen Blocks«. Sergej Buntowskij eilt ein anrühiger Ruf voraus. Als Dozent der Nationaluniversität verfasste er gemeinsam mit dem bekannten russischen Faschisten Maxim Kalaschnikow¹⁴ vor ein paar Jahren ein Buch

13 »Die Unseren« waren eine in Russland vom Kreml ins Leben gerufene staatsnahe Jugendorganisation.

14 Maxim Kalaschnikow heißt mit bürgerlichem Namen Wladimir Kutscherenko und gilt als skandalträchtiger Scharfmacher und Antisemit, er propagiert den bewaffneten Kampf gegen die »zionistische Weltherrschaft«.

mit dem Titel »Unabhängige Ukraine. Das Scheitern eines Projekts«. Vom Inhalt her ähnelte diese antiukrainische Hetzschrift verdächtig dem Buch von Oles Buzina¹⁵ »Geheime Geschichte der Ukraine-Rus«, das nur als zweitklassige Kopie daher kommt und ohne den Einsatz von Maxim Kalaschnikow als Herausgeber wohl schnell dem Vergessen anheim gefallen wäre. Denn ohne seinen Namen auf dem Umschlag hätten Tausende von Lesern das Buch vermutlich nie erworben, ja, es wäre womöglich gar nicht erst erschienen.

Sowohl die »Donbasser Rus« als auch der »Russische Block« gehören zum festen Teilnehmerkreis des »Russischen Marsches« in Donezk. Nach etlichen Angaben zu urteilen zählt zu ihnen auch Pawel Gubarew, einer der Anstifter des »Russischen Frühlings« im Donbass und Anführer der Separatisten. In den 2000er Jahren war er Mitglied der bekannten Neonaziorganisation »Russische nationale Einheit«¹⁶ von Alexander Barkaschow, später schloss er sich wie auch die Chefin der »Donbasser Rus« der PSPU, der Partei von Natalja Witrenko, an und wurde einmal in deren Namen sogar zum Abgeordneten gewählt. Er beteiligte sich an deren Aktivitäten und ließ sich außerdem bereits im Jahr 2005 mit der Flagge der »Donbasser Rus« fotografieren. Sein enger Freund und Gehilfe Miroslaw Rudenko gehört ebenfalls zu den bekannten Vertretern dieser Organisation. Im Frühjahr 2014 stachelten sie gemeinsam die prorussischen Proteste in der Region an und bauten die paramilitärische Gruppierung »Volkswehr Donbass« auf, die zunächst Verwaltungsgebäude besetzte und später gegen die ukrainischen Streitkräfte kämpfte.

Die Partei »Russischer Block« tritt verbal für die russische und russischsprachige Bevölkerung ein, tatsächlich steht sie jedoch für russische Großmachtambitionen, die Unterstützung der russisch-orthodoxen Kirche, russischen Nationalismus und die Veranstaltung sogenannter »Russischer Märsche«.¹⁷

15 Der Journalist und Fernsehmoderator Oles Buzina wurde im April 2015 in Kiew ermordet. Siehe Seite 42

16 Die 1990 gegründete »Russische Nationale Einheit« ist eine rechtsextremistische paramilitärische Bewegung, aus der in Folge eine ganze Reihe russischer Neonaziorganisationen hervorgegangen sind.

17 Siehe deren Homepage (auf Russisch): <http://rusblok.net/gazeta>.

Die »Progressive sozialistische Partei der Ukraine«

Die PSPU entstand als Abspaltung des radikalen Flügels der Sozialistischen Partei der Ukraine unter der Leitung von Natalja Witrenko. Von Anfang an wurde sie im linken, ja sogar radikalen linken Flügel verortet. Die Partei verfügte gar über eine Vertretung auf nationaler Ebene und Abgeordnete im ukrainischen Parlament. Doch ihre aktive Rolle in der prorussischen Bewegung, ihre Liebäugerei mit religiös orthodoxem Fundamentalismus und Stalinismus führte sie ins rechtskonservative oder sogar rechtsextreme Lager. Witrenko trat gemeinsam mit dem ukrainischen Neofaschisten Dmitrij Kortschinskij der rechtsextremen »Internationalen eurasischen Bewegung« von Alexander Dugin bei, tendiert zu antiukrainischen Einstellungen und russischem Chauvinismus und nutzte in ihrer politischen Propaganda selbst rassistische Rhetorik. Da verwundert es kaum, dass im Namen ihrer Partei Donezker Rechtsradikale wie Pawel Gubarew kandidierten. Von 2006 bis 2007 war er Ratsabgeordneter im Kujbyschewer Stadtbezirk, wo er die Fraktion des Blocks von Natalja Witrenko mit dem Namen »Volksopposition« anführte. Die PSPU wiederum zählt zum aktiven Kreis der prorussischen extremen Rechten und ebenso zu den treibenden Kräften der konservativen Revolution »Russischer Frühling« im Donbass. Sie ist die Partei russischer Nationalisten und orthodoxer Klerikaler. Es reicht ein Blick auf ihr Parteiprogramm, um jedem vernunftbetonten Menschen vor Augen zu führen, wie »fortschrittlich« und »sozialistisch« sie ist: »Die Taufe Russlands feiert den Triumph des russischen Staates.«

»Slawische Einheit Donezk«

Die »Slawische Einheit Donezk« in der Ukraine formierte sich in Odessa aus Aktivisten der russischen Neonaziorganisation »Russische nationale Einheit« von Alexander Barkaschow. Im Donbass trat sie erstmals auf dem »Russischen Marsch« 2012 offen in Erscheinung. Bereits zu dem Zeitpunkt erweckte sie den Eindruck einer Nazi-Skinhead-Jugendbande. Im folgenden Jahr äußerte sich ihr Anführer Oleg Glik auf dem »Russischen Marsch« über die Organisation und ihre Aufgaben: »Die wichtigste Zielsetzung der 'Slawischen Einheit Donezk' besteht in der Errettung unserer nachwachsenden Generation vor einem totalen Werteverfall, dem Verlust

ihrer geistigen Grundlagen und ihrer Moral. Wir müssen uns um unser ruhmreiches historisches und geistiges Erbe scharen, indem wir unseren Vorfahren und Siegern Ehre erbiehen. Das heißt, einen neuen, mächtigen slawischen Staat aufzubauen, frei von Fehde, Ignoranz und geistiger Verarmung. Nun, vor dem Angesicht des endgültigen Zerfalls und Degradierung der slawischen Welt, sind wir gezwungen, auf die Handlungen der erhabenen historischen Anführer der Rus zu blicken, uns ihren Siegesglauben zu eigen zu machen und den Kampf für das Vaterland mit ihrem stählernen Willen und ihrer Entschlossenheit zu Ende zu führen.«¹⁸ Eine für die russische extreme Rechte beispielhafte Programmatik.

»Orthodoxe rechtsextreme Vereinigungen«

Orthodoxe rechtsextreme Vereinigungen gilt es gesondert aufzuführen. Die »Volkssynode der Ukraine«, beziehungsweise ihr Ableger im Donezker Gebiet ist die Vertretung der russischen rechtsextremen Organisation »Volkssynode«. Sie steht für russischen Nationalismus, Klerikalismus und orthodox-religiösen Fundamentalismus, aggressiven Sexismus und Homophobie, Traditionalismus und Patriarchat. Michail Marjuchnitsch, einer der Führungsfiguren der »Volkssynode«, rief auf der Gründungskonferenz ihrer Regionalabteilung in Gorlowka dazu auf, das Bewusstsein als Bürger zu stärken und sozial aktiv zu werden. An die Jugend gewandt unterstrich er, dass die Verantwortung für die Ereignisse im Land sowie für den unmoralischen Lebenswandel russischer Frauen in erster Linie bei den Männern liege. Aus diesem Grund müsse die Jugend die Initiative ergreifen, gestützt auf den Wertekodex der orthodoxen Kirche, der zu Sowjetzeiten zerstört worden war. Außerdem nimmt die »Volkssynode« aktiv an den nationalistischen »Russischen Märschen« und weiteren Veranstaltungen der extremen Rechten teil.

Eine der ersten separatistischen Kampfverbände ist die »Russische orthodoxe Armee«, die sich aus einer Reihe kleinerer Gruppierungen zusammensetzt: der »Russischen Freiwilligenarmee«, »Sarmat«, dem »Orthodoxen Donbass« und der »Schutzschild-Abteilung«. Angeführt wird sie von

18 Siehe http://vk.com/wall-32360636_53238.

Michail Werin, einem Geschäftsmann aus Moskau und Eigentümer einer Fastfood-Kette. Die »Russische orthodoxe Armee« hatte regen Anteil an der Eskalation der Gewaltspirale im Osten der Ukraine. Von Anfang an fiel sie durch ihre besondere Beziehung zur Neonaziorganisation »Russische nationale Einheit« auf. An die Öffentlichkeit geriet unter anderem ein vom ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU abgefangenes Gespräch zwischen dem Anführer der Bewegung »Orthodoxer Donbass« und Alexander Barkaschow, dem Anführer der »Russischen nationalen Einheit« und gleichzeitig Patriarch der russischen Neonazibewegung. Darin gibt Barkaschow Anweisungen zur Fälschung von Ergebnissen des separatistischen »Referendums« und legt den Zuspruch der Bevölkerung zur »Donezker Volksrepublik« in Prozentangaben fest. Nach einigen Angaben trat gleich zu Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen eine aus Russland ange-reiste Kampfbrigade der »Russischen nationalen Einheit« in Erscheinung. Außerdem zeichnet sich diese für den Übergriff auf eine proukrainische Demonstration zu Frühlingsbeginn 2014 verantwortlich, mit dem Rückhalt des lokalen Sicherheitsapparates.

Im Übrigen tauchen orthodoxe Geistliche der zum Moskauer Patriarchat gehörenden ukrainischen orthodoxen Kirche gemeinsam mit Angehörigen ihrer Brüdergemeinden recht häufig im Zusammenhang mit Machtkämpfen, repressivem Vorgehen gegen politische Opponenten und illegalen Kampfverbänden auf¹⁹, obwohl die Kirchenleitung offiziell keine der Konfliktparteien unterstützt und das Blutvergießen verurteilt. Deshalb ist es nur logisch, dass sich nach der Machtübernahme in der »Donezker Volkrepublik« gegen religiöse Vereinigungen, die als Konkurrenten oder Gegner gelten, eine mächtige Repressionswelle seitens der Separatisten ergoss, die sich formal auf religiöse Unterschiede bezog. So waren den mit der russisch-orthodoxen Kirche sympathisierenden Separatisten sowohl lokale protestantische, als auch orthodoxe Gemeinden des Kiewer Patriarchats ein Dorn im Auge. Erstere galten als Vertreter amerikanischer Interessen und Hauptgegner der Orthodoxie, letztere als »Bandera-Kirche«. Als »fünfte Kolonne« wurden auch die spärlichen katholischen und griechisch-

19 Bekannt sind viele Fälle, wie z.B. bei der Verteidigung des Lugansker Flughafens, siehe: <http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2015/10/12/7084341/>.

katholischen Gemeinden abgestempelt. Repressionen ließen nicht lange auf sich warten.²⁰

Im Mai 2014 ließ die Führung der »Donezker Volksrepublik« verlautbaren, dass eine eigene Verfassung verabschiedet werden solle. Im Internet fand ein »vorläufiger« Text weite Verbreitung, der aufgrund der darin in aggressiver Weise beschriebenen reaktionären Inhalte der »Russischen Welt« allseits Schockreaktionen auslöste. So hieß es in Artikel 9, dass von nun an die Orthodoxie nach der Deutung des Moskauer Patriarchats zur Staatsreligion auserkoren sei. Der Text enthält folgenden Wortlaut: »Der vorrangige und vorherrschende Glaube ist die durch die russisch-orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) vertretene Orthodoxie.«²¹ Die Präambel enthält die Ergänzung, dass der russisch-orthodoxen Kirche diese Ehre aufgrund ihrer Bedeutung als »das System stützende Säule der Russischen Welt« zuteil werde.

Fazit

Sowohl ukrainische, als auch russische Nationalisten finden sich nicht nur auf der jeweils anderen Seite der Barrikaden wieder, sondern sie stellen auch die größte und treibende politische Kraft der nichtanerkannten separatistischen Staaten dar. Wie hier zu sehen ist, waren russische Nationalisten und diverse Neonazigruppierungen in der Region schon immer präsent. Trotz der strengen Kontrollen des gesamten politischen Raums im Donbass durch kriminelle Strukturen und die Nomenklatur-Eliten, die von ihnen nicht kontrollierte gesellschaftspolitische Zusammenhänge schlichtweg nicht duldeten, war die Existenz und Teilnahme am öffentlichen Leben durchaus möglich, allerdings nur in zweitklassigen Rollen im politischen Intrigenspiel der »Partei der Regionen«. Gleichzeitig fand eine Kooperation mit russischen Nationalisten aus dem benachbarten Russland auf höchster, ja sogar staatlicher Ebene statt. Nach dem Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes und der Entmachtung der Donezker Eliten in Kiew, dem

20 Es gab Fälle von Vertreibungen aus den Volksrepubliken, siehe: <http://realgazeta.com.ua/vochto-veryat-lnr-i-dnr/>, in anderen Fällen reichten das repressive Vorgehen bis hin zu Mord. So wurden in Slawjansk acht Protestanten ermordet, siehe: http://ipress.ua/ru/news/na_donbasse_pohoronyly_vosmerih_protestantov_kotorih_rasstrelyaly_terrorysti_dnr_76204.html.

21 Der Text der Verfassung findet sich auf der offiziellen Homepage der »Donezker Volksrepublik«, siehe: <http://dnr-online.ru/konstituciya-dnr/>.

heillosen Durcheinander und der politischen Stimmungsmache gelang es den russischen Nationalisten nicht nur, der im Donbass über Jahrzehnte dominierenden »Partei der Regionen« Konkurrenz zu machen, sondern auch dem Milliardär Rinat Achmetow. Dabei machten sie sich ihre alten Kontakte nach Moskau, den spontan aufgeflammt regionalen Nationalismus, revanchistische und chauvinistische Stimmungen zunutze. Damit liegt bei den Nationalisten auf beiden Seiten der Front die Verantwortung dafür, dass der Konflikt eskalierte und sich in eine bewaffnete Auseinandersetzung auswuchs, unabhängig davon, ob sie sich, wie die russischen Nationalisten, hinter der Bezeichnung »Antifaschisten« verstecken, oder aber, wie die ukrainischen Nationalisten, den »Antiimperialismus« und den »Kampf für die Unabhängigkeit« für sich entdeckt haben. Zweitrangige Politiker und Personen des öffentlichen Lebens haben sich somit in zynischer Weise die aktuelle Lage zunutze gemacht, um sich persönlich zu bereichern und infolgedessen vom sozialen Aufstieg und der Aneignung politischer Macht zu profitieren.

ALLES LIEF NACH CLAN¹

Das wichtigste Kriegsergebnis im Lugansker Gebiet: die vormalige Elite hat bis heute ihre Machtposition in vollem Ausmaß behalten.

Die heiße Phase des Konflikts im Osten der Ukraine, der nach Angaben der UNO über 8000 Menschen das Leben gekostet hat, geht seinem Ende entgegen.² Die politische Führung der Ukraine und Russlands und außerdem Frankreichs und Deutschlands, die als Garanten für einen Friedensprozess auftreten, vereinbarten, dass von der vormaligen Frontlinie, die zur Berührungslinie umgewidmet worden ist, leichtes Kriegsgerät abgezogen wird. Nun setzt der politische Friedensprozess ein, zu dem auch sein wichtigstes Instrument zählt, nämlich Wahlen der lokalen Selbstverwaltung auf dem Gebiet der selbsternannten Republiken Lugansk und Donezk.

Auf der Frage nach der Einordnung der Geschehnisse lastet ein regelrechter »Fluch«. Die Anhänger der »Russischen Welt« werden immer davon überzeugt bleiben, dass Lugansk und Donezk deren letzte Verteidigungshochburg gegen die »Junta« und die »Strafvollstrecker« darstellte. Die Verteidiger der »Revolution der Würde« in der Ukraine, Europa und Russ-

1 Auch im Originaltext findet sich statt »Plan« das Wort »Clan« in der Überschrift. Im Weiteren wurden alle Besonderheiten im Text beibehalten, wie z.B. die Verwendung des Präsens und der Vergangenheit. Russische Originalversion siehe: <http://www.novayagazeta.ru/inquests/70194.html>.

2 Der Text erschien am 3. Oktober 2015, also zu dem Zeitpunkt, als der vereinbarte Waffenstillstand tatsächlich größtenteils eingehalten wurde.

land, werden sich niemals von ihrer Einschätzung lossagen, wonach es sich um eine Aggression seitens russischer Provokateure gehandelt habe, als deren Hauptakteure Strelkow³ und Borodaj⁴ auftraten.

Ich habe etliche Kriegsphasen miterlebt, von Ilowajsk bis Debalzewe, in Moskau, Kramatorsk, Odessa, Lugansk, Donezk, Rostow am Don, Slawjanoserbsk, in der Nähe der Stadt Schastje und in Tschernuchino. Ich habe humanitäre Hilfsgüter in ein Kinderheim zugestellt, bis zum Kontrollposten gemeinsam mit ukrainischen Freiwilligen, danach in Begleitung der Volksmiliz. Ich habe Freunde diesseits und jenseits dieser Grenze gefunden – und viele von ihnen für immer verloren.

Aber die Schüsse sind verklungen. Im Donbass wird jetzt Frieden herrschen. Aber wie soll er heißen? Ist es ein russischer Frieden? Ein ukrainischer? Soll er nach der Normandie benannt werden? Jeder Politiker darf seine Interpretation voranstellen. Ich aber erzähle einfach von Menschen, die eine Revolution und einen Krieg unversehrt überlebt haben und nun, selbstredend, auch weiterhin bereit sind über das »Gebiet mit Sonderstatus« zu herrschen.

Als erstes gilt es zu verstehen, dass ein geeintes »Neurussland« lediglich in Propagandakonzepten, auf Fahnen und Rangabzeichen existierte. Im realen Leben gab es zwischen den Lugansker und Donezker Clans immer heftige Widersprüche, die sich zu Kriegszeiten mal verwischten und mal wieder an die Oberfläche traten. An dieser Stelle geht es um Lugansker Persönlichkeiten, die lange Zeit im Schatten verweilten, aber bereits in den Startlöchern standen, um erneut auf die Bühne zu treten.

Jefremow und alle anderen

An vorderster Stelle steht Alexander Jefremow. Politiker aus Lugansk, der am Vorabend des Maidan die Fraktion der »Partei der Regionen« in der Rada

3 Igor Strelkow, vormals für den russischen Inlandsgeheimdienst FSB tätig, spielte als Anführer der sogenannten »Volksmiliz« im Donbass eine Schlüsselrolle bei der Eskalation der Kampfhandlungen.

4 Der Moskauer Politologe Alexander Borodaj hatte zwischenzeitlich das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates der »Donezker Volksrepublik« inne.

anführte. Selbstredend war Jefremow ein Schützling von Janukowitsch, aber er hatte sich längst eine eigene »Familie« in Lugansk zugelegt. Er ist entwicklungsgeschichtlich mit der Nomenklatura verbunden. Zu Sowjetzeiten leitete er den Lugansker Komsomol, im Stadtkomitee arbeitete er zusammen mit seinen zukünftigen Mitstreitern Walerij Golenko und Wladimir Pristjuk. Ein weiterer zukünftiger Freund und Geschäftspartner von Jefremow, Wiktor Tichonow, war zu Sowjetzeiten Abgeordneter des Obersten Rates der Ukraine und erster Sekretär des Lugansker Stadtkomitees, de facto also Stadtoberhaupt. Dort im Stadtkomitee arbeitete auch Nikolaj Zaporozhzew, zukünftig einer der wichtigsten »Geldbeutel« der Gruppe. Noch ein zukünftiges Familienmitglied, Eduard Lozowskij, war gemeinsam mit Tichonow in leitender Stellung in der Fabrik »Luganskteplowoz« tätig.

In den 1990er Jahren legten all diese Personen eine erfolgreiche Geschäftskarriere hin und entsprachen damit ganz den Gepflogenheiten der für ihre kriminellen Traditionen längst berühmten Region. Später gingen sie in die Politik. 1998 ernennt Präsident Leonid Kutschma Jefremow zum Oberhaupt der Lugansker Gebietsverwaltung. Im Anschluss besetzt seine ganze »Familie« verantwortliche Posten. Als 2010 Janukowitsch das Amt des Präsidenten einnimmt, wird Jefremow nach Kiew befördert, Wladimir Pristjuk wird Gouverneur, Eduard Lozowskij sein erster Stellvertreter, Nikolaj Zaporozhzew einfacher Stellvertreter (und gleichzeitig Direktor der Wohltätigkeitsstiftung »Blagowest«) und Walerij Golenko steigt zum Gebietsoberhaupt auf. Zu dieser Zeit verarmt das Gebiet im Sekundentakt, riesige Unternehmen gehen pleite – aber nur um übereignet zu werden oder der Kontrolle durch die »Familie« anheim zu fallen.

Der »Familie« und ihren Kindern gehörten die »Ukrkommunbank«, das Gemeinschaftsunternehmen »Intersplaw«, die GmbH »TD Krasnolutschskij maschinostroitelnyj завод«, Anteile der »Luganskteplowoz«, die GmbH »DS-8«, die GmbH »Indexprom«. Die beiden letztgenannten Unternehmen nahmen gemeinsamen an Ausschreibungen teil, indem sie ein Konkurrenzverhältnis vortäuschten. Auftraggeber von staatlicher Seite waren die Staatsbetriebe »Luganskugol« und »Donbasantrazit«, ebenfalls unter Kontrolle der »Jefremow-Familie« stehend. Außerdem kontrollierte die »Familie« das Staatsunternehmen »Regionalnye elektrischeskije seti«.

Als Hauptsponsor der »Partei der Regionen« trat der Donezker Oligarch Rinat Achmetow auf, Janukowitsch zeigte sich gegenüber Jefremow dennoch dankbar für 90 Prozent der Wählerstimmen in der Region. Historisch gesehen gestaltete sich das Verhältnis zwischen Jefremow und Achmetow äußerst kompliziert. Jefremow wollte sein Geschäftsimperium mit niemandem außer seinen ihm nächststehenden Vertrauten teilen. In Kiew waren sie Mitglieder einer Partei, im Donbass aber Feinde. Ihr erster ausufernder Konflikt drehte sich um die GmbH »TD Krasnolutschskij maschinostroitelnyj zawod«, später ging es um einige illegale Schächte⁵. 2014 stand das Verhältnis gelinde gesagt nicht zum Besten. Womöglich lässt sich aus diesem Umstand erklären, weshalb heute zwischen der »LNR« und der »DNR«⁶ eine Zollbarriere existiert. Beide »Republiken« kontrollieren sich gegenseitig wegen Verdachts auf Schmuggelware. Übrigens haben sich die Lugansker Staatsoberen als einer ihrer ersten Amtshandlungen eine Supermarkt-Kette unter den Nagel gerissen, die sich zuvor im Besitz von Achmetow befand.

Maidan und Antimaidan

Als sich in Kiew der baldige Sieg der »Revolution der Würde« abzuzeichnen begann, wurde in Lugansk gemauschelt, dass Jefremow im Extremfall Janukowitsch verrät, wie er es bereits mit seiner kurzzeitigen Flucht ins Ausland 2004 kurz nach dem Sieg der »Orangenen« getan hatte.

Dennoch riefen alle »Familienmitglieder« dazu auf, den Maidan regelrecht in Blut zu versenken.

Eduard Lozowskij äußerte sich am 12. Januar folgendermaßen: »Banden dahergelaufener Prolls haben das Zentrum der Hauptstadt besetzt.« Und nur einen Monat nach dem Übergriff von Nazi-Sturmeinheiten auf der Bankowskaja Straße, dann endlich: »Die Miliz hatte das Recht von Schusswaffen Gebrauch zu machen.« Ja warum hat sie dann nicht geschossen? Hätte sie es tun sollen, wie Zhukow⁷ in Odessa 1945?

5 Im Donbass gab es schon immer Kohleschächte »für den Hausgebrauch«, sogenannte »kopanki«. Erst in den 1990er Jahren begann die Branche große Gewinne abzuwerfen. Illegal gewonnene Kohle wird mit legal gewonnener vermischt und vertrieben.

6 Abkürzung für »Lugansker Volksrepublik« und »Donezker Volksrepublik«

7 Gennadij Zhukow, Generalstaabschef der Roten Armee, Verteidigungsminister und Marschall der Sowjetunion. Als Vertreter der Sowjetunion nahm er 1945 in Karlshorst die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht entgegen. Hier wird auf eine Legende Bezug genom-

Wladimir Pristjuk am 9. Januar: »Im Osten der Ukraine gibt es vernünftige Menschen, die verstehen, was heute im Land vor sich geht. Wir fordern einen Schlussstrich unter das Chaos zu ziehen, das heute auf dem Kiewer Maidan herrscht.«

Walerij Golenko am 19. März: »Unverzüglich müssen alle illegalen Kampfverbände entwaffnet, Russisch als Staatssprache anerkannt und die Zentralmacht dezentralisiert werden und mit ihr auch alle Vollmachten und der Staatshaushalt. Im Idealfall muss die Föderalisierung des Staates in Gang gesetzt werden, außerdem braucht es Absprachen hinsichtlich einer Weiterführung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation.«

Nach Janukowitschs Flucht haben ihn seine Parteigenossen tatsächlich verraten. Auf der Homepage der Partei war am 23. Februar 2014 zu lesen: »Wir verurteilen die Flucht und den Kleinmut von Janukowitsch. Wir verurteilen seinen Verrat. Wir verurteilen seine verbrecherischen Befehle, die einfachen Leuten, Soldaten und Offizieren übel mitgespielt haben. Aber solche Einschüchterungsversuche, Selbstjustiz und eine drohende Destabilisierung in den Regionen sind für eine demokratische Gesellschaft inakzeptabel.«

Während der Ereignisse auf der Krim verblieben die »Regionalen« in Duckstellung, haben ihre Posten jedoch nicht verlassen. Einer hat sich umgezogen und sich auf seinem blauen Gewand eine gelbe Blume angesteckt. Andere haben angefangen, Ukrainisch zu sprechen, oder die Wände ihres Arbeitszimmers mit gelb-blauen Fahnen ausstaffiert und öffentlich die »goldenen Brotlaibe«⁸ verurteilt.

Genau in diesem Zeitraum beginnt im Lugansker Gebiet die Verteilung von Georgsbändchen⁹. Die Stadt ist überfüllt mit Menschen in Tarnkleidung. Auf dem zentralen Platz finden Antimaidan-Kundgebungen statt. Als

men, wonach Zhukow im Nachkriegsodessa innerhalb weniger Tage erfolgreich gegen die lokale Bandenkriminalität vorging.

8 In Janukowitschs Residenz wurden nach seiner Flucht zahlreiche Luxusgüter sichergestellt, darunter auch ein zwei Kilogramm schwerer Goldbrocken in Form eines Brotlaibs.

9 Schwarz-orangefarbene Bändchen, einst ein Symbol über den Sieg gegen NS-Deutschland, heute stehen sie für die Loyalität zu einem imperialen russischen Projekt.

Anstifter der separatistischen Initiativen tritt die »Jefremow-Familie« auf. Am 2. März verliest Walerij Golenko auf einer Kundgebung mit 15.000 Teilnehmern eine Resolution des Lugansker Gebietsrats: »Wir sprechen den Zentralorganen der Exekutive ihre Legitimität ab!«

Vom Wort zur Tat ist es nur ein kleiner Sprung. Das Gebäude des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU wird gestürmt, sogar zweimal: das erste Mal, um eine russische Flagge zu hissen und die dort festgehaltenen Anhänger des Antimaidan zu befreien, das zweite Mal befand sich niemand mehr im Gebäude, dafür waren zwei Räume komplett mit Waffen bestückt.

Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Jefremow bereits in Lugansk auf. »Ich habe mich an die neuen Staatsvertreter gewandt und sie darum gebeten, äußerst umsichtig vorzugehen. Die Gesellschaft hat sich zu einem hohen Grad radikalisiert. Es wäre ein Fehler, dies als Provokation von einer der Seiten abzutun. Dies ist die Meinung vieler Menschen, und sie sind bereit dafür einzustehen.«

Mit Waffen ausgerüstet haben die Gegner der neuen Staatsmacht die Lugansker Gebietsverwaltung eingenommen, wo die von Kiew eingesetzte Verwaltung ihren Sitz hatte. Hier ging es inzwischen um einen intern ausgetragenen Kleinkrieg zwischen alten und neuen Staatsdienern. Wladimir Golenko, Pristjuks Berater und dessen Statthalter, der Bürgermeister von Lugansk, Sergej Krawtschenko, haben sich mittlerweile dem Volk auf der Straße angeschlossen, wo sie im Sprechchor singen: »Re-fe-ren-dum!«

Lugansk erhält mit Walerij Bolotow einen »Volksgouverneur«. Allerdings wählt ihn nicht das Volk, vielmehr kümmert sich um dessen Amtseinsetzung eine Gruppe von Personen, die den SBU-Sitz besetzt halten, und zwar direkt in diesem Gebäude. Seine Kandidatur war allen recht: Mit Bolotow fand sich jemand, der sich in einem klaren Abhängigkeitsverhältnis befand und noch dazu dem Alkohol nicht entsagt. Die Entscheidung zu seinen Gunsten trafen zwei Personen: Pawel Karpow¹⁰ (in Lugansk war er unter dem Namen Nikolaj Nikolajewitsch bekannt und galt als »Sur-

10 Dabei handelt es sich um jenen Pawel Karpow, der in den Gerichtsakten im Prozess gegen die russische Neonazigruppierung BORN auftaucht (siehe Seite??). Karpow sorgte außerdem für die Rekrutierung russischer Nationalisten zur Beteiligung an den Kämpfen im Donbass.

kows¹¹ Kader« und »Kreml-Polittechnologe«) und Nikolaj Zaporozhzew (nach dem Referendum wurde er zum Leiter des »Gesellschaftsrats der LNR« ernannt).

Am 11. Mai schließlich findet jenes »Referendum« statt, als dessen Ergebnis die selbsternannte »Lugansker Volksrepublik« (LNR) das Licht der Welt erblickt. Den Verlauf des Referendums kontrollieren Jefremows Sohn Igor und Wladimir Pristjuk.

Im Kriegszustand

Der Dauerbeschuss von Lugansk nach Beginn der Antiterroroperation zwang viele Menschen zur Flucht. Jefremow hielt sich damals in Kiew auf, sein Sohn Igor verließ die Stadt in unbekannter Richtung, Pristjuk zog vorübergehend mit seinem Restaurant in die Hauptstadt, wohin sich auch Golenko begab. Kurz und gut, Jefremows Machtspitze suchte das Weite, nachdem sie die Bevölkerung angestachelt hatte, und ließ sie unter Bombenhagel zurück. Nur Krawtschenko gelang die Flucht nicht. Kämpfer des Bataillons »Ajdar« nahmen ihn auf dem Weg nach Kiew fest, was ihn jedoch nicht daran hinderte, zwei Monate später wieder auf freien Fuß zu kommen.

Nebenbei gesagt: Nicht eines der Kinder der Lugansker Machtspitze hat auch nur einen Tag gekämpft.

Zum neuen »Volksbürgermeister« wurde Manolis Pilawow gekürt, in der Vergangenheit erster Stellvertreter und treuer Weggefährte von Krawtschenko. Manolis und sein Bruder, beide Mitglieder der »Partei der Regionen«, sind mit dem Fußballclub »Zarja« (»Morgenröte«) und dem Stadion »Avantgarde« verbunden. Manolis hat sich dadurch einen Namen gemacht, dass er sich die eigentlich für die kommunale Infrastruktur vorgesehenen Mittel angeeignet hat. Wie auch der erste Stellvertreter Krawtschenko, kontrollierte er das lokale staatlich-kommunale Straßenbauunternehmen. (Im Übrigen stellte diese Struktur der Volksmiliz freundlicherweise Sand, Betonblöcke und Reifen zur Verfügung. Auf diese Weise tauchten vor den Gebäuden des SBU und der Gebietsverwaltung die ersten Barrikaden auf.)

11 Wladislaw Surkow, hochrangiger Mitarbeiter der russischen Präsidialverwaltung.

Bis vor Kurzem fand sich über Manolis kein Eintrag in den Sanktionslisten, er reiste noch Anfang des Jahres unbeschwert in die Europäische Union ein und mir ist nichts darüber bekannt, ob er in den Listen inzwischen berücksichtigt wurde: In öffentlich zugänglichen Quellen liegen darüber keine Informationen vor.

Im August reist neben Karpow auch Bolotow zurück nach Russland. Offiziell heißt es, Bolotow habe »die von der Volksmiliz in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt«. Tatsächlich ist er während der Kampfhandlungen auf russisches Territorium ausgewichen.

Das ist die politische Sternstunde von Igor Plotnitskij, dem Oberhaupt der Republik. Bis Mai 2014 war er Bataillonskommandeur und Verteidigungsminister, er arbeitete in der Gebietsverwaltung und war dort für die Märkte zuständig (übrigens ist seine Frau Eigentümerin einer Supermarkt-Kette, in der u.a. auch russische Hilfsgüter vertrieben werden). Will heißen: Igor Plotnitskij gehört ebenfalls zu Jefremows Truppe.

26 Lugansker Kommissare¹²

In der ersten Oktoberhälfte 2014 steckt die neue-alte Elite ganz in den Vorbereitungen für die Wahlen des Oberhauptes der »LNR« vor. An der Frontlinie spitzt sich die Lage zu, trotz des nach »Minsk-1« vereinbarten Waffenstillstandes. Es scheint, dass der Angriff auf einen ukrainischen Kontrollpunkt nahe Bachmutki geplant ist. Innerhalb der »LNR« herrscht völliges Durcheinander, eine Reihe von Banden, die sich des Rückhalts bei den einen oder anderen Kuratoren versichert hatten, besetzten Gebäude. Allein die Kommandantur der »LNR« wird dreimal umzingelt und von den »Leuten des Lehrers¹³« eingenommen, das Gebäude, in dem sich das formal dem ersten Mann in der Republik, Igor Plotnitskij, unterstehende Bataillon »Zarja« aufhält, umzingeln »Foma's Leute«. Im Gebäude der »Volksmiliz« klären die Anwesenden, wer hier das Sagen hat, indem sie an den Abzügen ihrer Waffen herumfummeln.

12 Die Zwischenüberschrift nimmt historisch Bezug auf die 26 Kommissare von Baku, eine Episode aus dem Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution.

13 »Utschitel« - »Lehrer« ist der Deckname eines »Volksmilizionärs«.

In diesen unruhigen Tagen kommt Wiktor Tichonow aus Kiew nach Lugansk angereist, um Verhandlungen mit dem zukünftigen »vom Volk gewählten Republikoberhaupt« Igor Plotnitskij zu führen. Er sichert ihm im Namen von Alexander Jefremow (der sich in Kiew unter Hausarrest befindet) Sicherheitsgarantien und gewisse Handlungsspielräume zu, im Gegenzug solle dieser 26 treuen Anhängern der »Jefremow-Familie« bestimmte Posten verschaffen. Plotnitskij gibt seine Zusage, und die Frage seiner Kandidatur ist damit beschlossene Sache. Am gleichen Tag stattet Gennadij Zypkalow, Premierminister der »LNR« (vormals Chef der Lugansker Abteilung des Unternehmens »Ukrtransnafta«) Viktor Tichonow bei ihm zu Hause in der Budjonnaja-Straße einen Besuch ab und verhandelt mit ihm lange darüber, wie viel jener für all diese Kandidaturen an Plotnitskij »abgeführt« hat. Tichonow rät »Gena«¹⁴, ihn ins Sicherheitsministerium zu bringen und bis zum russischen Territorium zu begleiten. Zypkalow sträubt sich anfangs, aber Tichonow wird schließlich doch ins Sicherheitsministerium und anschließend zum Durchlassposten »Izwarino« gebracht. Die ihn begleitenden Kosaken landen im Keller, wo sie sich bis heute befinden. Gennadij Zypkalow und seine Ehefrau plündern vor lauter Beleidigung Tichonows Haus.

Wer an der Macht ist

Nach der Amtseinsetzung von Plotnitskij beginnen die Volksmilizionäre zu erkennen, wie die alten Machthaber aus allen Löchern kriechen. Feldkommandeure, die während der Kampfhandlungen einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hatten, wie Bugrow, Bednow, Mosgowoj, Dremow, Foma und Leschij, versuchen Plotnitskij abzusetzen. Den darauf folgenden Säuberungen ist zuerst Bednow (»Batman«) ausgesetzt, anschließend werden Foma und Leschij entwaffnet, Bugrow findet sich im St. Petersburger Untersuchungsgefängnis wieder, Mosgowoj töten gewisse »ukrainische Partisanen«. Dremow tritt dem »Bataillon für territoriale Verteidigung der Volksmiliz« bei, erkennt also Plotnitskijs Machtstellung an.¹⁵

14 Koseform für »Gennadij«.

15 Mitte Dezember 2015 wurde Dremow auf dem Weg zu seiner eigenen Hochzeit getötet.

Im Dezember formiert sich in Lugansk die Staatsanwaltschaft, die von Zaur Ismailow geleitet wird, einem gewöhnlichen Mitarbeiter der vormaligen Staatsanwaltschaft unter der Kiewer Zentralregierung. Anfangs machen sich alle darüber lustig, später setzt die Angst ein, aber bald schon sprechen alle mit voller Überzeugung davon, es handele sich um eine proukrainische Behörde. Und tatsächlich geben die Angestellten der Staatsanwaltschaft in Privatgesprächen zu, dass sie sowohl aus der Ukraine, als auch in der »LNR« Gehälter beziehen. Derzeit befinden sich im Keller der Staatsanwaltschaft etwa 700 Personen in Haft. In der Regel handelt es sich dabei um Kommandanten, Bataillonskommandeure, stellvertretende Kommandanten, Zugführer, Kompanieführer und Befehlshaber von Unterabteilungen. Die ihnen vorgeworfenen Anschuldigungen sind für eine »Volksrepublik« an und für sich ein Unikum.

So handelt es sich dabei um das Tragen von Waffen (in den entsprechenden Waffenschein eingetragene und durch diese Republik ausgegebene), die Ermordung ukrainischer Soldaten, beispielsweise in Debalzewe, Betriebsplünderungen, Autodiebstahl, Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Kraftfahrzeuge lässt die Staatsanwaltschaft im Übrigen bei allen beschlagnahmen, und zwar sowohl bei der Volksmiliz, als auch bei der Kommandantur. Auf diese Weise füllt sie ihren Fuhrpark mit neuen Wagen. Mitarbeiter der Kommandanturen werden nach wie vor zu Verhören vorgeladen und wegen Teilnahme an Kampfhandlungen und der Einnahme des SBU befragt. Die Volksmilizionäre gehen davon aus, dass jene, die in den Kellern der Staatsanwaltschaft einsitzen, nicht unter die im Minsker Abkommen vorgesehene Amnestie fallen.

Im Dezember sucht sich Plotnitskij einen neuen Berater, Rodion Miroshnik, ehemaliger Pressesekretär von Janukowitsch und Leiter einer Fernsehanstalt in Lugansk. Auf lokaler Ebene betrieb er Propaganda hinsichtlich des brutalen Vorgehens der Faschisten auf dem Maidan für die notwendige Durchführung eines Referendums, bevor er sich gen Kiew aufmachte, wo er sich in Ruhe bis Dezember aufhielt.

Miroshnik ist einer jener »Kommissare« von Tichonow. Im Übrigen sind es nicht mehr 26, sondern wesentlich mehr. Einige von ihnen erhalten noch dazu eine ukrainische Rente.

Besondere Aufmerksamkeit verdient Nikolaj Zaporozhzew, der »Vorsitzende des Gesellschaftsrats beim Oberhaupt der LNR«, der außerdem Vize-Präsident der Lugansker Landsmannschaft in Moskau ist.

Über die Lugansker Landsmannschaft lohnt es sich ein paar mehr Worte zu verlieren. 2011 äußert der Vorsitzende der Lugansker Gebietsverwaltung Wladimir Pristjuk seine Wertschätzung für den Einsatz der »Lugansker Landsmannschaft« hinsichtlich ihrer Interessenvertretung für das Lugansker Gebiet. Nach seinen Worten stellt die vom Fraktionschef der »Partei der Regionen« in der Rada Alexander Jefremow angeführte »Lugansker Landsmannschaft« eine mächtige Struktur dar, die sich für Lugansker Interessen nicht nur in Kiew einsetzt, sondern auch in anderen ukrainischen Städten und sogar in Russland und Deutschland. Wladimir Pristjuk fügte noch hinzu: »Die 'Lugansker Landsmannschaft' ist derzeit im Begriff, Zweigstellen in Israel und den USA zu registrieren, wo nicht wenige unserer Landsleute einen festen Wohnsitz haben.« (Übrigens führen Tichonow und Lozowskij im verhassten Amerika Geschäfte, genauer gesagt in Nevada.)

Bis 2014 trug die »Lugansker Landsmannschaft« den Namen »Lugan« unter der Leitung von Wiktor Tichonow und Alexander Jefremow. Eingetragen war sie auf den Namen eines gewissen Nikolaj Tschelombitko. Nikolaj Zaporozhzew war die ganze Zeit über ihr Vize-Präsident, und zwar gleichzeitig sowohl in Kiew, als auch in Moskau. Die »Lugansker Landsmannschaft« zeichnete sich seit 2006 verantwortlich für patriotische Touren unter dem Motto »Georgsbändchen«. Es heißt, dass »Lugan« für die Evakuierung der Tituschki¹⁶ aus Kiew nach dem Sieg des Maidan sorgte. 2014 erfolgt eine Umregistrierung der Landsmannschaft. Nun fallen auch Umsiedler in ihr Aufgabengebiet. Die Leitung verbleibt bei Nikolaj Tschelombitko, der gleichzeitig dem Rat der Landsmannschaften der Ukraine in Russland vorsteht. Dieser Rat fiel dadurch auf, dass sich seine Mitglieder in den Tagen des Maidan mit folgendem Appell an Janokuwitsch gewandt hatten: »Wir bitten Sie, geehrter Wiktor Fjodorowitsch, im Namen der staatlichen Integrität der Ukraine und der Leben von Millionen Ukrainern, unter

16 Mit »Tituschki« sind meist junge Männer gemeint, die als Provokateure gegen Anhänger des Maidan auftreten. Später verlor die politische Komponente an Bedeutung und der Begriff »Tituschki« findet nun auch bei rein ökonomisch bedingten Konflikten Anwendung.

denen sich auch unsere Mütter, Väter, Brüder und Schwestern befinden, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um Ordnung im Land zu schaffen.«

Unter dem Schreiben standen zwanzig Unterschriften bekannter Persönlichkeiten, darunter ehemalige Kosmonauten, Kulturschaffende und Iosif Kobzon¹⁷, der eine der Landsmannschaften der Ukraine in Russland repräsentiert, und außerdem Nikolaj Tschelombitko.

Aber bereits im Juni 2015 unterzeichnet die »Lugansker Landsmannschaft« einen Kooperationsvertrag mit dem Vorsitzenden der Lugansker Militär- und Zivilverwaltung Gennadij Moskal. »Die Hauptaufgabe in der Zusammenarbeit im Rahmen des unterzeichneten Vertrags besteht in der Koordination der Bemühungen mit dem Ziel jegliche Form von Unterstützung zu leisten, die Normalisierung der Lebensumstände von Binnenflüchtlingen und der Bevölkerung im Gebiet der Antiterroroperation zu erreichen, soziale Hilfsleistungen und Rechte und Freiheiten der Bürger zu gewährleisten und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.«

Sprich, die »Lugansker Volksrepublik« ist letztlich nur eine Neuauflage des Jefremow-Clans. Wie wir sehen, sind praktisch alle handelnden Personen auf ihren Posten sitzen geblieben, niemand wurde in der Ukraine strafrechtlich belangt. Mit einigen von ihnen kooperieren die neuen Kiewer Machthaber sogar.

Ich bin mir völlig sicher, dass, sollten in Lugansk Wahlen selbst nach der ukrainischen Gesetzgebung stattfinden, die Region unter »Familienkontrolle« verbleibt. Übrigens, als einer der aussichtsreichsten Kandidaten gilt Tichonow. Offenbar haben sie genau dafür gekämpft ...

17 Ein ursprünglich aus dem Donezker Gebiet stammender russischer Schlagerstar und Dumaabgeordneter, dessen Namen in der Sanktionsliste der Europäischen Union enthalten ist. Italien hat ihm dennoch eine Einreiseerlaubnis erteilt.

DIE BESCHNEIDUNG VON RECHTEN UND FREIHEITEN AUF DER KRIM

Im Folgenden werden Auszüge aus dem Bericht der Menschenrechtsgruppe Krim vom Oktober 2015¹ dokumentiert, die auf unterschiedliche Aspekte aktueller Menschenrechtsverletzungen auf der von Russland annektierten Halbinsel hinweisen.

Die Menschenrechtsgruppe Krim (KPG) ist eine Initiative von Vertretern mehrerer Menschenrechtsorganisationen, deren Ziel es ist, die Einhaltung und den Schutz von Menschenrechten auf der Krim durch die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit zum Thema Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht auf dem Gebiet der Halbinsel Krim zu fördern. Die KPG nahm im August 2015 ihre Arbeit auf und ihre Berichte stützen sich auf Recherchen sowohl russischer, als auch ukrainischer Menschenrechtsaktivisten vor Ort.

»Recht auf Leben«

Muchtar Arislanow wurde am 27. August 2015 als vermisst gemeldet. Wegen Verdachts auf eine Straftat nach Paragraph 105, Absatz 1 des russischen Strafgesetzbuchs (Mord) wurden Strafermittlungen eingeleitet. Augenzeugen und Angehörige berichten davon, dass er von Personen verschleppt worden sei, deren äußeres Erscheinungsbild Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden ähnele.

1 Für die Originalfassung auf Russisch siehe: http://crimeahr.org/wp-content/uploads/2015/11/Crimean_Human_Rights_Group_October_2015_RU.pdf.

Die KPG erhielt Kenntnis davon, dass im Gebiet Cherson (Ukraine) Ermittlungen wegen Mordes an Reschat Ametow, Jahrgang 1975, laufen. Es besteht Verdacht auf eine Straftat nach Paragraph 115, Absatz 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs (vorsätzliche Tötung). Reschat Ametow wurde am 3. März 2014 in Simferopol entführt, am 15. März wurde seine Leiche gefunden, die Folterspuren aufwies.

Ergänzung der Herausgeberin: Der Krimtatare Reschat Ametow protestierte an jenem 3. März vor dem Ministerrat gegen die Besetzung der Krim. Nach etwa 15 Minuten wurde er von Angehörigen der »Selbstverteidigung der Krim«, also prorussischen Kräften, gepackt und in unbekannter Richtung verschleppt. Dies dokumentieren entsprechende Videoaufzeichnungen. Die laufenden Mordermittlungen auf der Krim brachten bislang keine Ergebnisse. Der Bruder des Ermordeten, Refat Ametow, behauptet, die Polizei hätte die Schuldigen ausfindig gemacht, aber es wurde keine Anklage gegen sie erhoben.

Im Gebiet Cherson laufen außerdem Ermittlungen aufgrund des spurlosen Verschwindens von Eskender Apseljamow, das Spuren einer Straftat nach Paragraph 115, Absatz 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs (vorsätzliche Tötung) aufweist. Eskender Apseljamow verschwand in Simferopol am 3. Oktober 2014, bis heute liegen keine Informationen über seinen Aufenthaltsort vor.

Festnahmen

Am 9. Oktober wurden nach eigenen Informationen der KPG während Hausdurchsuchungen im Dorf Plotinnoe, Kreis Bachtschisaraj, neun Menschen festgenommen, alles Krimtataren. Die Polizei teilte mit, dass einige Festgenommene bereits vorbestraft seien. Sie wurden für weitere Ermittlungen im Rahmen eines Verfahrens wegen eines Überfalls auf eine medizinische Rettungsstation am 26. September zum Ermittlungskomitee der Krim gebracht.

Am 14. Oktober nahm die Polizei drei Aktivisten des Ukrainischen Kulturzentrums bei einer Blumenniederlegung am Denkmal für Bogdan Chmelnyzkij in Simferopol fest. Die Festgenommenen wurden zum Zentrum für

Extremismusbekämpfung gebracht. Einer von ihnen, Leonid Kuzmin, teilte mit, dass sie sich für ihr Verhalten rechtfertigen mussten, außerdem forderten die Polizisten die Herausgabe von Daten ihrer Mobiltelefone. Nach zwei Stunden wurden alle Aktivisten freigelassen. Ein Protokoll über die Festnahme wurde nicht erstellt. Dabei handelt es sich nicht um den ersten derartigen Fall.

Am 2. Juli wurde der 36 Jahre alte Einwohner Sewastopols Jurij Iltschenko festgenommen, dem nach Medienangaben Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität Russlands vorgeworfen werden. Nach wie vor befindet er sich im Simferopoler Untersuchungsgefängnis. Am 23. September verlängerte der Haftrichter die U-Haft um weitere zwei Monate. Jurijs Vater Gennadij Iltschenko teilte mit, dass der zuständige Ermittler des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB während eines Verhörs eine Aufnahme vorgeführt habe, auf der sein Sohn die ukrainische Führung dazu aufgerufen habe, ihr Militärpotenzial zu erhöhen. Diese und andere Aussagen von Jurij Iltschenko werten die Ermittler als Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität Russlands. Jurijs Anwalt Jurij Berdnikow hält sich mit Äußerungen zu der Strafsache zurück.

Meinungsfreiheit

Im Oktober beschränkte die russische Generalstaatsanwaltschaft den Zugang zu Webseiten einer Reihe von Nachrichtenagenturen mit der Begründung, die dort veröffentlichten Informationen enthielten extremistische und andere verbotene Aufrufe. Am 2. Oktober veranlasste die zuständige Aufsichtsbehörde die Sperrung der Webseite der Agentur »Zentrum für journalistische Recherchen«. Am selben Tag wurde die Sperrung der Seite »Ereignisse auf der Krim« bekannt, mehrere Tage später traf selbiges für die Webseite »BlackSeaNews« zu.

Am 2. Oktober griffen Straßenarbeiter in Armjansk einen Journalisten des Nachrichtensenders »Armjansk.info« bei Ausübung seiner journalistischen Tätigkeit an und entwendeten dessen Kamera. Nachdem sich der Journalist an die Polizei gewendet hatte, erhielt er seine Kamera zurück, die Angreifer wurden allerdings nicht belangt.

Vereinigungsfreiheit

Am 16. September verabschiedete der Staatsrat der Krim das Gesetz »Über die Organisation und Durchführung öffentlicher Kontrolle auf dem Gebiet der Republik Krim«. Artikel 4 des Gesetzes besagt, dass zur Umsetzung öffentlicher Kontrolle in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen öffentliche Kontrollkommissionen, öffentliche Aufsichtsstellen, öffentliche Kontrollgruppen und andere Strukturen zur öffentlichen Kontrolle gebildet werden können. Auf diese Weise regelt das Gesetz die Schaffung öffentlicher Aufsichtskommissionen auf dem Gebiet der Krim. Artikel 10 Absatz 2 des russischen Gesetzes »über öffentliche Kontrolle zur Einhaltung der Menschenrechte in Haftanstalten und zur Unterstützung von Personen, die in Haftanstalten untergebracht sind« legt jedoch fest, dass in ganz Russland vertretene, überregionale und regionale öffentliche Vereinigungen, die staatlich registriert sind, nur dann über das Recht verfügen, sich um eine Kandidatur in der öffentlichen Kontrollkommission zu bemühen, wenn sie ihre Tätigkeit nicht weniger als fünf Jahre gemäß ihrer Satzung ausüben, die sich direkt auf den Schutz von Menschen- und Bürgerrechten beziehen muss. Folglich können öffentliche Vereinigungen auf der Krim keine gesetzlich geregelte Kontrollfunktion ausüben, da seit dem Zeitpunkt ihrer Registrierung nach russischem Recht noch keine zwei Jahre vergangen sind. Dies wiederum raubt öffentlichen Vereinigungen die Möglichkeit, die Strafvollzugsbehörden und den Strafvollzug auf der Krim einer Kontrolle zu unterziehen.

Religions- und Glaubensfreiheit

Bis Ende des Jahres soll eine Gesetzesinitiative zur Regelung der Religionsausübung und der Tätigkeit religiöser Organisationen eingebracht werden, die u.a. die Tätigkeit verbotener extremistischer Organisationen auf der Krim verhindern soll. Die Gesetzesinitiative birgt in sich das Risiko Religions- und Glaubensfreiheit einzuschränken, denn eine der Anforderungen bezieht sich auf eine »Extremismus-Prüfung«, die jede religiöse Gemeinschaft durchlaufen muss. Viele Vertreter religiöser Vereinigungen hegen die Befürchtung, dass das neue Gesetz auf eine Verschärfung der Kontrolle im Bereich Religions- und Glaubensfreiheit durch den Staatsapparat abzielt.

Für diese Annahme spricht die Schaffung einer behördenübergreifende Kommission für Fragen der Extremismusbekämpfung am 7. Oktober auf Beschluss von Sergej Aksjonow², dem Oberhaupt der Krim. Sie setzt sich hauptsächlich aus Vertretern des Sicherheitsapparates zusammen und zu ihren Aufgaben gehört es, religiöse Vereinigungen hinsichtlich etwaiger Anzeichen extremistischer Tätigkeiten zu beobachten.

2 Ministerratsvorsitzender der Krim.

DAS RUSSISCH-UKRAINISCHE VERHÄLTNIS, »KRYMNASCH« (»DIE KRIM IST UNSER«)¹

Die Umfrage wurde zwischen dem 13. und dem 16. November 2015 durchgeführt anhand repräsentativer russlandweiter Stichproben unter 1600 Personen, sowohl der Stadt-, als auch Landbevölkerung, im Alter von 18 Jahren und älter in 134 Orten in 46 Regionen des Landes. Die Antworten werden in Prozentangaben genannt zusammen mit den Ergebnissen vorheriger Umfragen. Die statistische Fehlerquote beträgt nicht mehr als 3,4 %.

Ist der Ausdruck »Krymnasch« heutzutage häufig anzutreffen? Welche vorrangige Bedeutung hat für Sie der Ausdruck »Krymnasch«? (einmalige Antwort)

	Nov. 15
Symbol des Triumphs und des Stolzes im Zusammenhang mit der Rückkehr der Krim nach Russland	52
Symbol der Wiedergeburt Russlands	16
Symbol des Sieges über den ukrainischen Nationalismus	9
Sinnloser Ausdruck	7
Propagandistisches Motto des Kreml	5
Anderes	1
Schwer zu beantworten	10

Soll die Krim zu Russland gehören oder zur Ukraine, oder denken Sie es wäre besser, die Krim wäre ein unabhängiger Staat, vergleichbar mit Abchasien, Südossetien oder Transnistrien?

1 Für das Original siehe: <http://www.levada.ru/2015/11/23/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-krymnash/>.

	März 14	Aug. 14	Nov. 15
Soll zu Russland gehören	64	73	87
Soll zur Ukraine gehören	14	4	3
Soll ein unabhängiger Staat sein	11	15	5
Schwer zu beantworten	10	8	6

Warum denken Sie, dass die Krim zu Russland gehören soll? Nennen Sie den Hauptgrund dafür (in Prozentangaben der Befragten, die angaben, die Krim solle zu Russland gehören).

	Nov. 15
Die Krim war immer russisch.	57
Die Bewohner der Krim haben auf einem Referendum vor anderthalb Jahren für die Vereinigung mit Russland gestimmt.	20
Die Krim ist mehr als 200 Jahre eng mit Russland und seiner Geschichte verbunden.	11
Russland hat vor 230 Jahren die Krim erobert.	10
Anderes	<1
Schwer zu beantworten	2

Teilen Sie die Ansicht eines Großteils der Bevölkerung in westlichen Ländern und in der Ukraine, wonach Russland durch die Angliederung der Krim gegen alle nach dem Krieg und nach dem Ende der Sowjetunion getroffenen internationalen Abkommen und das Völkerrecht verstieß?

	Nov. 14	Nov. 15
Klares Ja	4	3
Eher Ja	6	8
Eher Nein	29	33
Klares Nein	49	47
Schwer zu beantworten	12	9

Beunruhigt Sie, dass ein Großteil der Bevölkerung in westlichen Ländern und in der Ukraine der Ansicht ist, wonach Russland durch die Angliederung der Krim gegen alle nach dem Krieg und nach dem Ende der Sowjetunion getroffenen internationalen Abkommen und das Völkerrecht verstieß?

	Nov. 14	Nov. 15
Klares Ja	6	6
Eher Ja	14	15
Eher Nein	26	31
Klares Nein	40	40
Schwer zu beantworten	13	8

Sind Sie der Ansicht, dass Russland Verantwortung für das Blutvergießen und den Tod von Menschen im Osten der Ukraine trägt?

	1.-4. Aug.	22.-25. Aug.	Okt. 14	Nov. 14	Nov. 15
Klares Ja	5	5	5	6	3
Eher Ja	13	12	15	12	10
Eher Nein	25	25	32	29	32
Klares Nein	50	50	38	44	47
Schwer zu beantworten	7	8	10	10	8

Empfinden Sie selbst Verantwortung für das Blutvergießen und den Tod von Menschen im Osten der Ukraine?

	1.-4. Aug.	22.-25. Aug.	Okt. 14	Nov. 14	Nov. 15
Klares Ja	2	2	3	4	3
Eher Ja	9	7	5	6	5
Eher Nein	19	22	27	27	25
Klares Nein	62	64	58	56	60
Schwer zu beantworten	8	5	7	9	7

UNHCR-EMPFEHLUNGEN ZUM INTERNATIONALEN SCHUTZ HINSICHTLICH DER EREIGNISSE IN DER UKRAINE - ERGÄNZTE VERSION III VOM SEPTEMBER 2015 (AUSZUG OHNE ANMERKUNGEN)¹

Binnenflucht

7. Nach Angaben der ukrainischen Behörden waren am 7. September 2015 im Land 1,46 Millionen Menschen als Binnenflüchtlinge registriert. Die Mehrheit davon ist in Orten untergekommen, die an die vom Konflikt betroffenen Regionen angrenzen, so beispielsweise in den von der Ukraine kontrollierten Teilen des Donezker und Lugansker Gebiets (52%), und außerdem im Charkower, Dnepropetrowsker und Zaporozher Gebiet und in Kiew. 59% der registrierten Binnenflüchtlinge sind ältere Menschen, etwa 13% Kinder. Menschen mit Behinderungen machen etwa 4% der Binnenflüchtlinge aus. Diese Information zeugt von der großen Anzahl an Binnenflüchtlingen mit besonderen Bedürfnissen.

8. Genaue statistische Angaben über die Anzahl an Rückkehrern liegen bislang nicht vor, da das Erfassungssystem keine Angaben über Rückkehrer oder erneute Binnenflucht innerhalb des Landes macht. Ausgehend von den Monitoring-Berichten und Gesprächen, kehren Menschen an ihren Wohnort zurück, wenn es die allgemeine Sicherheitslage erlaubt, um ihren Besitz vor Plünderung oder Enteignung zu schützen und Familienmitglieder zu besuchen, die entweder nicht in der Lage oder willens waren, den Aufenthaltsort zu wechseln, und deshalb schutzlos zurückblieben. Binnenflüchtlinge kehren außerdem im Frühling/Sommer zurück, um in der Landwirtschaft zu arbeiten. Einige Binnenflüchtlinge kehren in die nicht von der Zentralregierung

¹ Für das Original siehe: <http://www.refworld.org.ru/docid/566ae59d4.html>.

kontrollierten Gebiete mangels finanzieller Mittel in den von der Zentralregierung kontrollierten Gebieten zurück. Gleichzeitig beschloss die Mehrheit der Binnenflüchtlinge in der Ukraine nicht nach Hause zurückzukehren, da die Sicherheitslage und die politischen Bedingungen instabil bleiben.

9. Im Oktober 2014 verabschiedete das Ministerkabinett der Ukraine den Beschluss Nr. 509, mit dem ein einheitliches Erfassungssystem von Binnenflüchtlingen unter der Leitung des Ministeriums für Sozialpolitik geschaffen wurde. Trotz der an erfassten Binnenflüchtlingen, stoßen bestimmte Kategorien von Binnenflüchtlingen auf verwaltungstechnische Hindernisse bei der Meldung als Binnenflüchtling. Das trifft insbesondere auf Personen ohne notwendige Dokumente (meist handelt es sich um Vertreter von Minderheiten, insbesondere Roma) und Neugeborene zu, deren Geburtsurkunden in den von der Zentralregierung nicht kontrollierten Gebieten ausgestellt wurden. In der Praxis melden sich etliche Binnenflüchtlinge aufgrund Informationsmangels über die Vorteile einer Meldung nicht oder weil sie kein Anrecht auf Unterstützung haben und deshalb keinen Grund für eine Registrierung sehen. Etliche haben Angst vor einer Einziehung zum Militärdienst, Diskriminierung im Arbeitsbereich oder auf dem Immobilienmarkt. Außerdem gibt es Menschen, die befürchten, eine Registrierung könnte als politische Positionierung aufgefasst werden, was Unannehmlichkeiten für die in den von der Zentralregierung nicht kontrollierten Gebieten nach sich ziehen könnte oder für den dort zurückgelassen eigenen Besitz. Wie mitgeteilt wird, haben Binnenflüchtlinge, deren Meldung aus unterschiedlichen Gründen nicht zustande kam oder die sich gegen eine Registrierung entschieden haben, im Regelfall keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung, darunter auch für Binnenflüchtlinge vorgesehene zielgerichtete materielle Unterstützung, und gewöhnliche Sozialhilfe. Einige humanitäre Organisationen forderten für die Ausgabe von Hilfsleistungen ebenfalls Meldenachweise als Binnenflüchtling.

10. Im März 2015 verabschiedete das Ministerkabinett der Ukraine einen neuen Beschluss, der Änderungen im Erfassungssystem für Binnenflüchtlinge festschrieb. Diese Änderungen sehen eine Prüfung des Wohnortes von Binnenflüchtlingen durch die Polizei vor und außerdem die Vollmacht, Personen im Fall ihrer Abwesenheit aus dem Melderegister zu entfernen. Infol-

gedessen wurde die Registrierung von über 8.000 Binnenflüchtlingen, die sich zum Zeitpunkt der von der Regierung in dem oben genannten Beschluss vorgesehenen »Spontankontrollen« nicht anzutreffen waren, »annulliert«. Dieser Beschluss rief aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit unter Berücksichtigung der existierenden Schwierigkeiten bei der Ab- und späteren Anmeldung an einem anderen Ort Besorgnis hervor. Dieser Umstand ist insofern alarmierend, als die Mehrheit der Binnenflüchtlinge davon berichtet, dass sie nach ihrer Erstunterbringung mindestens einmal ihren Wohnort gewechselt haben, was häufig an der fehlenden staatlichen Unterstützung und (oder) fehlenden Möglichkeiten liegt, am Erstaufnahmeort einer Lohnarbeit nachgehen zu können.

Flucht in andere Länder

11. Der überwiegende Teil ins Ausland geflüchteter ukrainischer Staatsbürger hält sich in der Russischen Föderation auf. Nach Angaben des Föderalen Migrationsdienstes (FMS) der Russischen Föderation haben bis zum 4. August 2015 383.300 Ukrainer einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt und weitere 528.200 haben sich um andere Formen für einen legalen Aufenthalt bemüht.² Die Anzahl an von ukrainischen Staatsbürgern in anderen europäischen Ländern gestellten Asylanträgen ist ebenfalls angestiegen. Im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Juli 2015 haben etwa 24.000 ukrainische Staatsbürger Asylanträge in Mitgliedsländern der Europäischen Union gestellt, darunter 5.613 Personen in Deutschland, 4.546 in Italien, 3.900 in Polen, 2.221 in Schweden, 2.211 in Frankreich. In Belarus wurden bis zum 27. August 2015 insgesamt 1.250 Anträge gestellt. Außerdem haben sich ukrainische Staatsbürger um andere Formen für einen legalen Aufenthalt bemüht, darunter 125.200 in Belarus und 67.400 in Polen.

2 Am 1.12.2015 teilte der Pressedienst des FMS mit, dass sich in Russland derzeit 2,6 ukrainische Staatsbürger aufhalten, davon über eine Million aus den südöstlichen Gebieten der Ukraine. Über 600.000 verstoßen danach gegen das Aufenthaltsrecht und können deswegen mit der Ausweisung und einem Einreiseverbot bestraft werden. Siehe: <http://ria.ru/society/20151201/1333700530.html>. Seit dem 1. November wurden bis dahin geltende Sonderregelungen für den Aufenthalt ukrainischer Staatsbürger abgeschafft, und die Unterbringung von Flüchtlingen auf Staatskosten ist auf 60 Tage beschränkt.

THE SITUATION IN THE EASTERN REGIONS OF UKRAINE

15 December 2015 (00:00)



Control over settlements:

Under control of Ukraine

Positions of Ukrainian military

- Existing
- Combat's location
- Territory of the pro-Russian militants shelling

The border

- Border areas under the control of Ukraine
- Border areas not under control of Ukraine
- Humanitarian corridors through ceasefire demarcation line

Main check-points on Ukraine-Russia border

- Working
- Controlled by pro-Russian militants
- Humanitarian logistics centers for the residents of the occupied Donbas region

Seven task forces (ships and coast guard motorboats) are continuing to guard the Azov Sea to prevent the penetration of sabotage and intelligence groups on the coast of Donetsk and Zaporizhia oblasts, and to guard the rafts of the Mariupol and Berdyansk ports

The location of military units of the Russian Federation

Boeing 777 crash site July 17, 2014



<http://www.mil.gov.ua>

UKRAINE CRISIS media center



Freiheit für Oleg Sentsow, Alexander Koltschenko und Gennadij Afanasjew!

Im August 2015 verhängte ein Militärgericht im russischen Rostow am Don gegen den Filmregisseur Oleg Sentsow und den Anarchisten Alexander Koltschenko Haftstrafen von 20 bzw. 10 Jahren. Der Vorwurf gegen sie lautete: Terrorismus. Sentsow soll im April 2014 im Auftrag unbekannter Personen des »Rechten Sektors« eine »terroristische Vereinigung« auf der Krim gegründet haben, deren Ziel es gewesen sei, die lokale politische Führung der Krim zum Austritt aus der Russischen Föderation zu bewegen. Als Kopf der »Bande« habe Sentsow zwei Brandanschläge auf eine Filiale der Partei »Einiges Russland« und die »Russische Gemeinschaft der Krim« in Simferopol initiiert. Zur Sprengung eines Lenin-Denkmals und des »Ewigen Feuers«, das an die Opfer des Zweiten Weltkriegs erinnert, sei es nicht mehr gekommen. Personen wurden nicht verletzt und der entstandene Sachschaden belief sich auf weniger als 4000 Euro, wobei einer der Geschädigten dem Gericht einen Nachweis über die Höhe der Folgeschäden gänzlich schuldig blieb. Die dürftige Beweislage hätte bestenfalls für eine Anklage wegen Vandalismus gereicht. Sentsow wies mehrmals darauf hin, gefoltert worden zu sein, und einer der Hauptzeugen, Gennadij Afanasjew, der zuvor in der gleichen Angelegenheit zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde, zog seine Aussagen vor Gericht zurück.

Ausführlich dazu siehe: <http://solidarityua.info/>

